

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insektions-Geld für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Frombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“ dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 16.

Sonnabend, den 5. Februar 1910.

38. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Weststraße 54a

befindet sich jetzt

die Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen u. Umgegend.

Fernsprecher 166.

Eine Anzeigen-Annahme

der „Kamener Zeitung“ befindet

sich auch bei Herrn C. Holtmann

Bahnhofstraße 58

Fernspr. 133.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erledigte am Dienstagabend den Etat des Ministeriums des Innern. Eine längere Diskussion entstand über die Verwendung der Polizeibehörden. Der Minister machte eingehende Darlegungen über die Art und den Nutzen dieser Einrichtung und stellte der Kommission eine Vorführung von Polizeibehörden in Aussicht. Von nationalliberaler Seite wurden einige Wünsche wegen Verwendung der alten Dienstkleider der Beamten geäußert. — Beim Titel „Ministerialrat“ entstand eine Art Generaldebatte. Auf eine Anfrage des Berichterstatters erklärte der Minister, daß die Angliederung der Medizinalabteilung an das Ministerium des Innern in diesem Jahre noch nicht erfolgen könne. Ein Zentrumsabgeordneter erhielt auf eine Anfrage den Bescheid, daß Gesetze über die Feuer-Sozialitäten und über den Arbeitszwang für arbeitsscheue Unterhaltungsbedürftige in Vorbereitung seien. Von nationalliberaler und freisinniger Seite wurde gefordert, daß in der lokalen Handhabung des Vereinsgesetzes Brechen hinter anderen Bundesstaaten zurückstehe. Es wurde der Kieler Fall zur Sprache gebracht, in dem ein Engländer, der als Mitglied einer Friedensgesellschaft nach Deutschland gekommen war, auf Grund des Sprachparagraphen verhindert worden war, eine englische Rede zu halten. Der Minister erwiderte, daß sein Bestreben auf eine lokale Durchführung des Gesetzes gerichtet sei. In Kiel habe man Anlaß für die Annahme gehabt, daß es sich um sozialdemokratische Vorträge gehandelt habe, die wegen des damals in Schweden herrschenden Generalstreiks besonders gefährlich gewesen seien. — Ein nationalliberales Kommissionsmitglied fragt den Minister, wie es um das Beamtengesetz und um ein Feuerbestattungsgesetz stehe. Der Minister erwiderte, daß ein Beamtengesetz noch nicht in Betrachtung sei, während die gesetzliche Regelung des Feuerbestattungswesens gegenwärtig noch Gegenstand von Verhandlungen sei. — Lebhafter Widerspruch wurde geäußert wegen der zu geringen Zahl von Schulleuten. — Von freisinniger Seite wurde die Freisprechung mehrerer Personen zur Sprache gebracht, die nach der Berliner Versammlung in Berlin wegen angeblicher Ausschreitungen unter Anklage gestellt worden waren, während die Gerichtsverhandlungen einen Nachweis hierfür nicht erbrachten. Daß bei dem Ansehen der Polizei nicht förderlich gewesen, die im übrigen zweifellos höflich und humaner geworden sei. — Die Besprechung der Frage der Fürsorgeerziehung wurde im wesentlichen dem Plenum vorbehalten. Auf die Frage, ob ein Gesetzesentwurf wegen des Einflusses von Armenunterstützung auf das Wahlrecht entsprechend einem Beschluß des Abgeordnetenhauses zu erwarten sei, wurde geantwortet, daß hierüber noch Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressorts schweben.

Weg mit Oldenburg.

In dem Wahlkreis des Abgeordneten v. Oldenburg-Banischau in Oldenburg hat seine letzte Reichstagsrede das peinlichste Aussehen erregt. So schreibt die in Oldenburg erscheinende „Alt-preussische Zeitung“: „Die Wähler des Wahlkreises Oldenburg-Banischau werden durch die Vorgänge im Reichstage noch stärker und tiefer berührt, als andere deutsche Männer. Viel zu lange haben wir uns diesen Abgeordneten gefallen lassen, den man vielfach selbst in agra-

rischen Kreisen nicht schätzte. Der Vorgang am Sonnabend bringt das Gefühl zum Ueberlaufen. Jetzt sollten sich die Wähler aller Parteien in unserem Kreise zusammenschließen unter dem Rufe: Weg mit Oldenburg! Vor kurzem hat sich in unserem Wahlkreise ein patriotischer Wahlverein gegründet, dessen Ziele dem Vaterlandsfreund mit großer Befriedigung und Freude erfüllen und der schon zahlreiche Mitglieder gefunden hat. Jetzt ist es nun aber für ihn an der Zeit, hervorzutreten und auszusprechen, wie wohl alle Bürger in unserer Stadt und so mancher Wähler im Landkreise über unsern Abgeordneten denken. Jetzt sollte eine Protestversammlung einberufen werden, an der Mitglieder aller Parteien teilnehmen und in der Deutschland gegenüber klar und deutlich ausgesprochen wird, daß der Wahlkreis Oldenburg-Banischau sich nicht an der Verfassung, daß er sich nicht einverstanden erklärt mit einer derartigen Aufforderung zum Hochverrat, wie sie unser Abgeordneter ausgesprochen hat. Die Pflicht, dagegen zu protestieren, ist eine doppelte, uns selbst und dem deutschen Volke gegenüber. Wollen wir bis zum Wahltage warten mit der öffentlichen Ausprechung unserer Empörung und Enttäuschung über diesen unsern Abgeordneten, der uns vor ganz Deutschland, vor der ganzen Welt bloßstellt? Nein, treten wir einmütig alle zusammen vor die Öffentlichkeit mit dem Rufe: „Weg mit Oldenburg!“

Die große deutsche landwirtschaftliche Woche.

In der Reichshauptstadt beginnen kommende Woche mit der dritten Tagung der ersten Sitzungsperiode des Königlich-Preussischen Landes-Oekonomik-Kollegiums die zahlreichen Veranstaltungen der großen deutschen Landwirtschaftswoche, denen man in allen Kreisen der deutschen Landwirtschaft und weit darüber hinaus in allen denjenigen Kreisen, die mit der Landwirtschaft geschäftlich verknüpft sind, großes Interesse entgegenbringt. Das preussische Landes-Oekonomik-Kollegium wird wieder unter dem Vorsitz des Grafen von Schwerin-Löwitz seine Beratungen abhalten, für die 4 Tage in Aussicht genommen sind. Eingeleitet werden die Beratungen mit einer Besprechung der Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern, worauf an den folgenden Tagen neben geschäftlichen Angelegenheiten und der Entgegennahme von Jahresberichten der Landwirtschaftskammern über Schulwesen, Ackerbau, Forst-, Wein- und Gartenwirtschaft, sowie Viehzucht folgende Punkte von allgemeinerem Interesse behandelt werden sollen: Ausbau der landwirtschaftlichen Betriebswissenschaften; Grundbesitzverteilung und Abwanderung vom Lande; die Verwendung der verbleibenden und ungenutzten Elemente zu landwirtschaftlichen Kulturarbeiten und ihre Regelung im neuen Strafgesetzbuch und im Strafvollzugsengesetz; Wie hat sich die landwirtschaftliche Statistik bewährt und welche Vorarbeiten sind zu ihrer Verbesserung zu machen? Der Entwurf einer Versicherungsordnung; Regelung der Schlachtviehverversicherung; Ausgestaltung der Rentenbanken; die Vorsehung der preussischen Mopere; die Bildung von Rentengütern aus bestehenden Objekten. Während die Verhandlungen des Königlich-Preussischen Oekonomik-Kollegiums in der Hauptsache die die preussische Landwirtschaft interessierenden Fragen umfassen, beschäftigt sich die unmittelbar nach ihm zusammen tretende 38. Plenarversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates mit einer Reihe von Gegenständen, die auch für die anderen Bundesstaaten Interesse haben, zu seinen Verhandlungen entsenden daher auch die Reichsregierung und die meisten übrigen Bundesregierungen besondere Vertreter. Auf der Tagesordnung der diesjährigen Plenarversammlung stehen u. a.: 1. Arbeiterangelegenheiten in England, Schweden, Dänemark, Holland und Belgien, 2. kartographische Darstellung der Anbauverhältnisse des Deutschen Reiches nach kleineren Bezirken, 3. Gewinnung von Grundlagendaten für eine Betriebsstatistik des bäuerlichen Viehzuges in Deutschland, 4. Entwurf eines Stelenvermittlungs-gesetzes, 5. Notierungen der Schlachtvieh- und Fleischpreise, 6. Bericht über die vom Reichsamt des Innern unterstützten Fütterungsversuche. Als lokales Thema hat der Deutsche Landwirtschaftsrat in Aussicht genommen: Die Ausfichten und Aufgaben des Ackerbaues im Norden von Südwest-Afrika. Weitere Punkte der Tagesordnung behandeln den neuen Zolltarif der Vereinigten Staaten und die deutsche Landwirtschaft, den Schutz der deutschen Kaliproduktion, Maßnahmen der deutschen Städteverwaltungen für die Fleischversorgung der Bevölkerung, Geschichte und Bedeutung der Elektrokultur unter besonderer Berücksichtigung der neuerlichen Versuche, sowie die Bedeutung des Grundwassers für die Land- und Forstwirtschaft. Auch für die Beratungen des Landwirtschaftsrates sind 4 Tage in Aussicht genommen. Eine politische Note wird in die reinen Fachverhandlungen getragen durch die anschließende Generalversamm-

lung des Bundes der Landwirte. Im Vorjahre stand diese unter dem Zeichen der Reichsfinanzreform. Die diesjährige Versammlung des Bundes wird in der Hauptsache eine Verteidigung sein gegen die vielen Angriffe, die infolge der Stellungnahme des Bundes in den politischen Tagesfragen der letzten Zeit namentlich gegen seine Führer erhoben worden sind.

Die englischen Wahlen

sind nunmehr so gut wie zu Ende. Am Montag wurde nur die Wiederwahl des Mitgliedes der Arbeiterpartei in Midberghshire gemeldet. Die Unionisten haben bis jetzt 271, die Liberalen 272, die Mitglieder der Arbeiterpartei 41 und die Nationalisten 80 Mandate. Es sind nun noch in dieser Woche weitere vier Wahlen und Ende der nächsten Woche die Wahlen der Vertreter der Orkney- und Shetland-Inseln zu erledigen.

Die Frage, die die politischen Kreise am meisten bewegt, geht dahin, ob Asquith dem Räte der Radikalen folgen wird, die sich über die Abschaffung des Vetorechts des Lords auf keinerlei Vergleich einlassen wollen und nötigenfalls die Ernennung von einigen hundert Peers verlangen, um den Maßnahmen gegen das Oberhaus zur Annahme zu verhelfen, oder ob der Premierminister den von den Gemäßigten vorgeschlagenen Weg wählen wird, der zu einer Reform des Oberhauses in dem Sinne führen soll, wie die Unionisten und die Mehrheit des Oberhauses selber sie billigen. In Londoner politischen Kreisen herrscht wie „Wolffs Bureau“ meldet, die Ansicht, daß im Unterhause nach der Annahme der Adresse und vor der neuerlichen Vorlegung des Budgets ein Antrag eingebracht werden wird, welcher die Vertreibung des Unterhauses in Bezug auf die Geldbewilligungsanträge neuerlich betont und erklärt, daß es nötig sei, die Beziehungen der beiden Häuser zu ändern. Man gibt sich der Hoffnung hin, daß diese Resolution, obwohl sie keine bindende Wirkung hat, einerseits jene Liberalen befriedigen werden, die verlangen, daß gegen das Veto der Lords noch vor der Wiedereinbringung des Budgets vorgegangen werde, während sie andererseits diejenigen Kräfte vereinigt, auf die sich die Regierung im allgemeinen stützen muß.

Deutschland.

— (Die Wahlrechtsvorlage.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: „Seine Majestät der Kaiser und Königin haben dem Präsidenten des Staatsministeriums und den Ministern der Justiz und des Innern die Ermächtigung erteilt, den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Vorlesungen über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten dem Landtage vorzulegen.“

— (Eine Kaiserspende für die Ueberschwemmten.) Der Kaiser hat durch den Vizepräsidenten Fürsten Radolinski der französischen Regierung seine Teilnahme an dem Unglück ausdrücken lassen, von dem Paris und Frankreich heimgesucht worden sind. Zur Linderung der Not hat der Kaiser einen Beitrag von 20 000 Mk. gespendet.

— (Der französische Zolltarif.) Wie der „Z.“ erzählt, hat die deutsche Regierung der französischen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie, falls der Senat den von der Deputiertenkammer beschlossenen, gegen die deutsche Einfuhr gerichteten Zoll-erhöhungen ohne Rücksicht auf die deutschen Bedürfnisse und Wünsche zustimmen sollte, unverzüglich zu Gegenmaßnahmen schreiten würde. Regierung und Reichstag sind völlig einig darin, daß in diesem Falle alles gesehe werden müsse, um die französische Einfuhr nach Deutschland durch entsprechende Repressalien empfindlich zu treffen.

— In Hamburg haben allgemeine Wahlen zur halbseitigen Erneuerung der Bürgerschaft stattgefunden. Es wurden nach vorläufiger Berechnung gewählt: 5 Mitglieder der Rechten, 8 Mitglieder der Linken, 4 Mitglieder des linken Zentrums, 10 Mitglieder der Partei der vereinigten Liberalen, 9 Sozialdemokraten. In einem Landbezirk wurde ein Mitglied der Partei der vereinigten Liberalen gewählt, während in drei anderen Landbezirken Stichwahlen zwischen Mitgliedern der Partei der vereinigten Liberalen und Mitgliedern des Zentrums bzw. der Rechten stattfanden.

Die Wahlen haben bewiesen, daß die große Mehrheit der Hamburger Bevölkerung sich gegen den Wahlblock der Rechten wendet. Mehr als 200 000 Stimmen haben sich als Gegner des geltenden Wahlrechts ausgesprochen, und vor allem muß hervorgehoben werden, daß selbst in der ersten Klasse mehr als die Hälfte der Wähler die Bevorrechtigung des Besitzes bei Verteilung politischer Rechte durch ihre Stimmgabe verurteilt haben. Eine Niederlage war

der Wahlkampf für das linke Zentrum, ein Sieg für die vereinigten Liberalen; 10 Sitze haben sie schon sicher gewonnen, und das Landgebiet wird ihnen vollständig anheimfallen. Denn die Stichwahlen, die erforderlich sind, dürften für die Liberalen erfolgreich enden. Die Sozialdemokratie hat nicht entfernt die Stimmen erreicht, die ihr im Jahre 1907 zuzufallen.

Ausland.

China.

— Die Ermordung zweier deutscher Reisender in der Mongolei hat ihre Sühne gefunden. Nach einer Mitteilung der kaiserl. großbritannischen Regierung sind der indischen Regierung Nachrichten über die Mörder der deutschen Forscher Dr. Brunhuber und Schmitz zugegangen. Danach sind vier bei dem Morde beteiligte Angehörige des Suku-Stammes von einer Strafexpedition ergriffen und auf Befehl der chinesischen Behörden in Teng Tschu hingerichtet worden.

Westfalen u. Rheinland.

Den Nachdruck der mit * versehenen Lokalartikel untersagen unsere Mitarbeiter unter allen Umständen.

Kamen, 5. Febr. (Wannregeln für den Monat Februar.) Ein nasser Februar bringt uns ein fruchtbares Jahr. Wenn der Februar warm ist, bringt uns der Frühling große Kälte! Im Februar starker Tau bringt Frost im Mai auf Flur und Au. Wenn im Februar die Mägen schwärmen, muß man im März die Ohren wärmen. Wenn's der Hornung gnädig macht, bringt der Mai den Frost bei Nacht. Hornung hell und klar bringt ein gutes Flachsjaahr. Friert's im Februar nicht ein, wird's ein schlechtes Kornjaahr sein. Wenn im Februar spielen die Mägen, so gibt's im Schafstall große Liden. Nordwind im Februar verspricht ein fruchtbares Jahr. Wenn im Hornung die Mägen spielen, so wird der März den Winter fällen. Viel Nebel im Februar, viel Regen das ganze Jahr. Singt die Lerche jetzt schon hell, geht's dem Landmann an das Fell. Klar Februar, klar Roggenjaahr. Wenn im Februar Mägen geigen, müssen sie im März schweigen. Wenn der Hornung warm und macht, friert's im Mai noch gern bei Nacht. Liegt im Hornung die Rat' im Frein, so muß sie im März wieder hersein. Schmilzt im Februar die Sonne die Butter, so gibt's im Jahre dann spätes Futter. Die weiße Gans (Schnee) im Februar brütet Segen für's ganze Jahr. Wie sich im Hornung das Wetter erweist, so ist es dann auch im August zumeist.

Kamen, 5. Febr. (Verschiedenes.) Der Provinziallandtag der Provinz Westfalen ist, wie seiner Zeit schon gemeldet, vom Könige zum 27. Februar ex. nach Münster einberufen. Die Eröffnung des Landtages findet, wie der Oberpräsident jetzt bekannt macht, an diesem Tage nach einem um 9 1/2 Uhr vormittags in der Erbsiedische und im Dome stattfindenden Gottesdienste um 1 Uhr nachmittags im Landeshause statt.

Der Minister des Innern hat dem von verschiedenen Sparfassenverbänden wiederholt gestellten Ersuchen um Freilassung der Sparfassenbeamten von einer Kautionsstellung nunmehr stattgegeben, indem er verfügt hat, daß bei künftigen Sparfassen, bei den in sachungsmäßig für eine ordnungsmäßige Geenbuchführung gesorgt ist, auf gemeinschaftlichen Antrag der Vertretungskörper des Sparfassenverbandes — Magistrat und Stadtverordnete, Kreisrat und Kreisrat usw. — von der Stellung einer Kautions der Sparfassenbeamten abgesehen wird. Der Oberpräsident hat im Einzelfalle seine Genehmigung zu erteilen.

Nachdem die Ehrenbezeugung des Kronmachers vor dienlichem Vorgefekten in Meer und Marine aufgehoben ist, hat der Minister des Innern die gleiche Anordnung auch für die Schutzmannschaft der Königlich Preussischen Polizeiverwaltungen sowie für die Exekutive der kommunalen Polizeiverwaltungen, bei denen die Ehrenbezeugung vorgeschrieben ist, getroffen.

Am 1. Februar 1910 wird zwischen dem Deutschen Reich, Österreich, Ungarn und der Schweiz ein Postgiroverkehr in der Weise eingerichtet, daß jeder Inhaber eines Scheckkontos bei einem deutschen B. Sch. A. von seinem Konto Beträge auf ein Scheckkonto bei dem B. Sch. A. Postsparkassenamt in Wien oder der Königlich Ungarischen Postsparkasse in Budapest oder den schweizerischen Postsparkassenbüros überweisen kann; ebenso kann auch der Inhaber eines Scheckkontos, das bei einer genannten ausländischen Verwaltung geführt wird, Überweisungen auf ein deutsches Postsparkassenkonto in Auftrag geben. Für die Überweisung nach dem Auslande wird von dem Kontoinhaber, der den Auftrag erteilt hat, eine Gebühr von 1/2 vom

Tausend des überwiesenen Betrags erhoben. Die Gebühr für Ueberweisung wird auf volle 5 % aufgerundet und beträgt mindestens 20 %.

(Wahlproteste.) Die gegen die Gültigkeit der letzten Stadtwahl erhobenen in der dritten Abteilung eingelegten Wahlproteste, gelangen in einer der nächsten Sitzungen des Bezirksausschusses zu Urnsberg zur Verhandlung.

Herr Dr. phil. Fritz Schulte, z. Z. am Königl. Gymnasium zu Bochum, ist zu Ostern 1910 als **Oberlehrer** an unser Realprogymnasium berufen worden.

Der vaterländische Frauenverein hier, feierte am Mittwoch in seiner Vereinsversammlung, ganz in der Stille, ein denkwürdiges Jubiläum. Es galt die Tatsache, daß jetzt schon 25 Jahre verflossen sind, daß die Präsidentin Frau Bürgermeisterin Wille von Basse, die Geschäfte des Vereins mit großer Treue und Umsicht geleitet hat. Zu ihrer größten Ueberraschung, denn die Jubiläarin hatte von der kleinen Veranstaltung keine Ahnung, wurde sie von dem dazu eingeladenen Pfarrer am Pfingsttag an ihren Platz geführt, vor dem ein feiner Blumentisch mit schönen Frühlingsblumen stand. Dann sprach der Genannte im Namen der zahlreich versammelten Damen der Jubiläarin den wohlverdienten Dank aus für die unermüdete Hingabe und treue Arbeit mit der sie 25 Jahre lang den Verein erfolgreich geleitet hat; wünschte ihr frischen Mut und Kraft, dem Verein auch ferner diener zu können und wies mit Lob und Danken hin auf den großen Segen den seit der Arbeit der Liebe und Barmherzigkeit, welche der Verein betreibt, gehabt hat. Tief bewegt beantwortete die verehrte Jubiläarin die Ansprache, dankte für die so unerwartete Ehrung und gelobte, ihre Kräfte auch ferner dem ihr so lieben Verein widmen zu wollen. Dann wurden einige Verse des Liedes: „Lobe den Herren, gesungen und damit den Gefühlen aller ein angemessener Ausdruck gegeben. Möge der vaterländische Frauenverein, der in unserer Mitte so viele Mitglieder zählt, und dessen Liebesarbeit in der Stille so manche Not lindert, auch ferner wachsen und reichen Segen stiften!

(Straßenbahn = Angelegenheit.) Die Straßenbahn Unna-Kamen-Büdinghof-Verglamen — Werne sollte bekanntlich ursprünglich bis in die Stadt Werne geführt werden. Doch scheiterte dieser Plan f. Zt. an der Weigerung der Stadt Werne, aus der von dieser gestellten Bedingungen. Nachdem nun die Straßenbahn von Unna bis Bahnhof Verglamen-Werne in Betrieb genommen ist, hat die Stadt Werne erneut den Antrag gestellt auf Weiterführung der Strecke und damit auf Eintritt der Stadt Werne in die aus den beteiligten Kommunalverbänden gebildete Straßenbahngesellschaft. Hierfür hatte die Stadt Werne folgende Beiträge aufgestellt: 1. Werne beteiligt sich mit 100 000 M. an dem Unternehmen; 2. die Bahn wird auf der Straße bis in die Stadt unter Auschluss der Kolonie Rünthe geführt; 3. über die Rippelbrücke wird die Bahn verlegt; 4. das Rippelbrückchen ist eine Haltestelle einzurichten; 5. der Bau der Verlängerungsstrecke ist derart zu fördern, daß die Bahn Ende März 1910 in Betrieb genommen werden kann. — Zur Beschlussfassung über den Eintritt der Stadt Werne wurde Donnerstag nachmittag hier im Hotel Verglamen eine Versammlung der Vertreter der Straßenbahngesellschaft bildenden Kommunalverbände abgehalten. Das Ergebnis der mehrstündigen Verhandlungen war, soweit wir erfahren konnten, die grundsätzliche Genehmigung der Weiterführung der Strecke, wenn man sich auch im großen und ganzen ablehnend gegen die von der Stadt Werne gestellten Bedingungen verhielt. Ferner wurde beschlossen, bei einer Weiterführung der Straßenbahn die Strecke über die Kolonie Rünthe zu führen.

Der Synodalverein der Frauenhilfe veranstaltet Mittwoch, den 9. Februar im Gemeindehaus zu Unna einen Frauenhilfsfest, welcher 7½ 10 Uhr mit einer Morgenandacht des Vorsitzenden, Pastor Reinhaus-Süßen, beginnt; es folgt ein Vortrag von Frau Pfarrer Ehrhardt-Dortmund: „Wie beleben wir unsere Vereine?“ Am 12 Uhr ist gemeinsames Mittagessen. 1½ Uhr Vortrag von Pastor Fiedler-Münster: „Ziele und Grenzen unserer Arbeit.“ 3 Uhr gemeinsames Kaffeetrinken. 4 Uhr Vortrag von Pastor Dreier-Münster: „Frauenhilfe und Gemeindefürsorge.“ An jeden Vortrag schließt sich eine Besprechung. In der Woche vom 16. bis 22. Januar sind im Landkreise Hamm folgende **Krankheits- und Todesfälle** zur Anmeldung gekommen: Erkrankungen an Scharlach 13 (5 Verglamen, 4 Soeren, 3 Werne, 1 Glerich), Diphtherie 6 (3 Soeren, 2 Kamen, 1 Unna); Todesfälle durch Krämpfe 1 (Werries), Lungentzündung 1 (Unna), Tuberkulose 3 (2 Unna, 1 Königsborn), aus anderer Ursache 6.

Dortmund, 4. Febr. (Verschiedenes.) Mit Rücksicht auf den sich immer weiter ausdehnenden Kohlenbergbau nördlich der Lippe beabsichtigt der Kreis Lüdinghausen den Bau einer **Kreisbahn von Vort nach Lünen**. Diese Bahn soll die von Lüdinghausen über Vort nach Lünen führende Landstraße verfolgen und in der letztgenannten Stadt Anschluß an die Straßenbahnlinie Lünen-Dortmund (Friedenbaum) der Dortmunder Kreisbahnen erhalten. Bei dem Dorfe Dassel ist eine Abzweigung nach Rappenberg in Aussicht genommen. Die geplante Kleinbahn wird auch für die dortige Arbeiterbevölkerung von Bedeutung sein, da sie es ihr ermöglicht, ihre Arbeitsstellen, die zum großen Teil weit entfernt liegen, schnell und bequem zu erreichen.

Gestern nachmittag wurde an der Ecke der Münster- und Kapelenstraße durch den Fuhrmann Theodor Scharbe der 9 Jahre alte Sohn des Reisenden Karl Rühmann von hier mit einem einspännigen Fuhrwerk überfahren und schwer verletzt.

Brünningshausen, 3. Febr. (Gefahren.) Der Fußgängermeister H. nahm am vergangenen Sonntag einen stiefelbesetzten Arbeiter fest und führte denselben dem Amtsgericht zu Hörde vor.

Gelsenkirchen, 4. Febr. Ein Fall von Ueberschreitung der dienstlichen Befugnis

ines Schutzmannes scheint sich hier ereignet zu haben. Der Kaufmann Hagemeister wurde, wie wir bereits berichtet n. in der Sonntagnacht in der Rottbäumstraße von dem Hilfschutzmann Luran durch zwei Revolvergeschüsse lebensgefährlich verletzt. Gefahren ist S. im evangelischen Krankenhaus an den erlittenen Verletzungen gestorben. Er hinterläßt eine Frau und 9 Kinder. Dieser Vorfall bedarf noch bringend der Aufklärung, da S. an dem vom dem Schutzmännern bezeichneten Zusammenstoß nicht beteiligt gewesen sein soll. Die Verletzungen, die der Beamte hatte, soll er sich, wie verlautet, zugebracht haben. Die Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Altendorn, 4. Febr. Die Tropfsteinhöhle bei Altendorn ist infolge eines Streites zwischen der Stadt und den Besitzern geschlossen worden.

Die ersten Flüge der Essener Flugmaschine.

Essen, 3. Febr. Der 1. Februar 1910 wird für den Niederrheinischen Verein, Abteilung Essen, als denkwürdiger Tag in seiner Geschichte vermerkt werden. Bei schönstem Frühlingssonnenschein gelangen auf den Ruhwiesen die von langer Hand vorbereiteten ersten Flüge mit der vom Ortsverein erbauten Flugmaschine. Wenn es auch noch keine Flüge von weitbewegender Dauer und Schnelligkeit waren, die ausgeführt wurden, sondern meist nur Luftsprünge von 60 bis 100 Metern Länge, so muß man daran denken, daß unsere berühmten Flugtechniker wie die Wrights, Garman, Moriot u. a. auch mit keinen größeren Anfangsleistungen begannen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ruhwiesen in ihrer jetzigen Form durchaus noch kein ideales Flugfeld sind, wohl aber durch Beseitigung der Hindernisse ein solches werden könnten, daß fernerhin der Führer der Maschine, Otto Silsmann, zum erstenmale in einem Flugapparat sah. Unter diesen Umständen sind die Ergebnisse hochbefriedigend. Die Maschine, die nach den Plänen und Berechnungen des beim Ortsverein als Flugtechniker beschäftigten Silsmann ausgeführt ist, hat sich in jeder Beziehung gut bewährt. Nach kurzem Anlauf wirkte das Höhensteuer ausgerechnet und hob den Apparat in die gewünschte Höhe von 3 bis 5 Metern, in der er sich mit geringen Schwankungen während des Fluges hielt. Auch das Seitensteuer und die zur Erhaltung der Gleichgewichtslage angebrachten Organe, die bei Schwenkungen und seitlichen Windböen in Tätigkeit treten, wirkten ausgezeichnet. — Es sei gleich bemerkt, daß die Stabilisationsorgane nichts mit der Wrightschen Verwendung zu tun haben. — Als ganz besonders günstig erscheint der Umstand, daß die Anflüge gegen und mit dem Winde nahezu gleich gut gelangen, und daß die Landungen stets glatt und sanft ohne die geringste Beschädigung des Fliegers erfolgten. Der Zweifelder ist bis auf den Motor ganz aus deutschem Material gebaut, leider ließ sich im vergangenen Herbst noch kein leistungsfähiger deutscher 20pferdiger Motor aufreiben, doch ist zu hoffen, daß sich bei dem Aufschwung, den die Flugmotorenfabrikation besonders in der letzten Zeit in Deutschland genommen hat, auch bald ein passender deutscher Motor für den Flieger finden wird. Die Übungen werden bei günstigem Wetter fortgesetzt werden, und wenn sie sich einigermaßen vervollkommen haben, werden die Mitglieder sowie die Freunde und Gönner des Vereins demnächst zu einer Besichtigung eingeladen werden.

Mülheim (Ruhr), 3. Febr. Im Thysen'schen Gutshof bei Schloß Styrum brach Feuer aus und brannte das Stallgebäude vollständig nieder. Als die Feuerwehr eintraf, stand bereits das ganze Gebäude in Flammen. Das Vieh konnte nur mit großer Mühe gerettet werden. Unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung wurde der Gutspächter Heinrich Otto verhaftet.

Bonn, 3. Febr. (Selbstmord eines Studenten.) Dienstag hat sich hier ein 19-jähriger junger Mann erschossen, der am 29. Jan. hierher gekommen war, um sein Abiturienten-Examen zu machen. Es ist dies seit 15 Jahren der achte Selbstmord in Bonn, der jedoch durch Erschießen.

H Frankfurt, 3. Febr. (Untererschlagungen.) Die landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland teilt der „Frankf. Ztg.“ mit, daß sich bei der Filiale Frankfurt bei der Prüfung der Rechnungsauszüge der Vereine ansehnend sehr beträchtliche Unterschlagungen des bisherigen Rentanten festgestellt. Die Höhe der Unterschlagungen ist noch nicht festgestellt. Nach Versicherung der Direktion erleiden die Kontoinhaber keinerlei Schaden. — Nach einer neueren Meldung betragen die Unterschlagungen 170 000 M. Es ist kläglich.

Folgeschwere Schiffskollision auf der Unterelbe.

Bei Bielenburg auf der Unterelbe kollidierte Mittwoch abend der schwedische Dampfer „Annie“ mit dem biermaß-Vollschiff „Susanne“. Die „Annie“ wurde aufgerissen. Sieben Mann der Besatzung konnten gerettet werden, sechs Mann sind ertrunken. Es war bei der Dunkelheit nicht möglich, diese sechs zu retten, obgleich ihre Hilferufe von beiden Seiten und vom Ufer gehört wurden.

Der schwedische Dampfer „Annie“, Kapitän Comet, war mit einer Ladung Weizen nach Falkenberg in Schweden bestimmt. Unmittelbar nach dem Zusammenstoß sank die „Annie“. Die beiden Steuerleute, der Maschinist, zwei Heizer und ein Matrose, sämtlich Schweden, sind ertrunken. Soweit sich jetzt bekannt ist, ist das Ereignis darauf zurückzuführen, daß die „Susanne“, die sich im Tau der Schleppdampfer „Guthaben“ und „Cato“ befand, ausfuhr und dann mit voller Wucht den in der Nähe des Schleppzuges an der Bordseite passierenden Dampfer „Annie“ traf. Der Dampfer wurde an Backbord in der Nähe des Maschinenraumes aufgerissen und sofort unter Wasser gedrückt. Das Schiff „Susanne“ geriet, nachdem der Dampfer gesunken war, unter die Aufsicht des hiesigen „Annie“ waren bei dem Zusammenstoß

die „Susanne“ übergeleitet. Der Kapitän und der Boie, die beide mit dem Dampfer untergingen, aber wieder an die Oberfläche kamen, wurden von dem herankommenden Schleppdampfer „Europa“ gerettet. Kapitän C., ein tüchtiger Schwimmer, hatte bis kurz vor seiner eigenen Rettung noch zwei von den mit in die Tiefe gerissenen Leuten seiner Mannschaft mit über Wasser gehalten, mußte sie aber schließlich loslassen, da seine Kräfte erlahmten. Die Geretteten wurden sofort nach Hamburg geschickt und fanden hier vorläufig im Krankenhaus Aufnahme, da sie fast völlig erstarrt waren. Das Schiff „Susanne“ wurde Donnerstag wieder flott gemacht und traf im Laufe des Mittags in Hamburg ein. Die „Susanne“ hat nur geringen Schaden am Vorderende erlitten.

Aus aller Welt.

Schrecklicher Unglücksfall. Der Rutscher August Wolsh in Hannover stürzte, als die Pferde unerwartet ansetzten, so unglücklich unter seinen schwer beladenen Lastwagen, daß das eine Rad auf seinem Körper stehen blieb. Die Feuerwehr mußte den Verunglückten dadurch befreien, daß der gesamte Lastwagen durch Hebezeuge gehoben wurde. Der Rutscher war bereits tot, als man seinen Körper mit vollständig zerquetschtem Brustkorbe unter dem Wagen hervorholte.

Grubenbrand in Schottland. Im Grubengebäude des Schiefernschachtes des gräflich Donnersmarck'schen Steinbruchs ergab Gottes Segen in Antonienhütte ein Grubenbrand ausgedehnten Ausmaßes. Die Belegschaft konnte noch rechtzeitig zurückgezogen werden.

Anfall eines italienischen Lenkbalkens. Wie die „Stampa“ meldet, unternahm der Lenkbalken „Leonardo da Vinci“ von seinem Schuppen in Bescenago aus eine Fahrt über Mailand nach Bavia. Er kam hier plötzlich in Sicht, wo ihn die Volkswagen erwarteten. Plötzlich schwankte der Balken in der Luft und stürzte immer schneller zu Boden. Wie es sich herausstellte, war die Hülle zerissen. Der Konstrukteur Porcinini sowie die Mitfahrer Hauptmann Gabbro und ein Mechaniker blieben unverletzt.

Vom Tode auferstanden. In Grapina wollte man dieser Tage den im Alter von 60 Jahren verstorbenen Bauer Paul Bugati begraben. Als man den Sarg in die Erde versenken wollte, vernahm man ein dumpfes Klopfen. Während die meisten Leidtragenden entsetzt davonliefen, öffnete der Pfarrer mit Hilfe eines beherzten Mannes den Sarg, und heraus stieg heil und heiter der alte Bugati, der nach zweitägigem Scheintode noch zu rechter Zeit das Bewußtsein wieder erlangt hatte. Er ging ohne Unterstützung ruhig nach Hause und nahm in Gesellschaft der mittlerweile beruhigten Gäste wieder an dem für sein Begräbnis bestimmten Totenschmaus teil.

Wenn Zigeuner eine Apotheke bestehlen. In der an der ungarisch-rumänischen Grenze liegenden Ortschaft Boske überfiel eine Zigeunerbande die Apotheke, raubte alles, was transportabel war und entfloh. Am nächsten Tage wurden sämtliche Vorräte der Umgebung nach dem Zigeunerlager berufen, wo 15 Personen in den letzten Tagen lagen, während fast alle übrigen Alt und Jung über allerlei Uebel klagten. Die Ärzte erkannten sofort, daß die ganze Bande sich mit den geraubten Medikamenten vergiftet hatte. Sulphat, Arsenik und Blausäure hatten die Zigeuner ohne Bedenken verköstet.

Selbstmord eines General's. In Rom hat sich der 16jährige Sohn des Brigadegenerals Rompiani aus Verweilung über die infolge einer Kopfwunde eingetretene Lähmung seines rechten Armes ein scharf geschliffenes Rapier ins Herz gestochen. Der Tod trat augenblicklich ein.

26 spanische Fischer ertrunken. Wie jetzt festgestellt ist, sind in Vigo infolge der letzten Stürme zusammen 26 Fischer ertrunken, deren Familien dem Elend preisgegeben sind.

Drama einer Heimgeliebten. Am letzten Donnerstag kam mit dem Cunarddampfer die vor 35 Jahren nach der Neuen Welt ausgewanderte Marie Johab mit einem durch Arbeit und Sparsamkeit erworbenen Vermögen von 22 000 Kronen zurück, um den Rest ihres Lebens in der Heimat sorglos zuzubringen. Abends ging sie am Molo spazieren, als ein plötzlicher Windstoß sie erfaßte und ins Meer riß. Wohl gelang es, die Frau zu retten, aber die Tatsache, in der sie ihr sauer erworbenes Vermögen verwahrt hatte, war eine Bude der Wellen geworden.

Eine geknüete Ehe. Die Frau des Schusters Maurus Eigner in Deaf, die vor zehn Monaten ihrem Manne Zwillinge geschenkt, gab dieser Tage Drillinge. Das Paar hatte übrigens schon sieben Kinder, nun ist über Erwarten schnell das Duzend voll geworden.

Eine folgenschwere Grubenexplosion ereignete sich am Dienstag in den Kohengruben von Drakeboro (Kentucky). Bis Mittwoch vormittag waren aus der von der Explosion betroffenen Kohengrube 35 Leichen geborgen; etliche zwanzig Mann wurden schwer verletzt, zum Teil in hoffnungslosem Zustande, zu Tage gefördert.

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau. H = Hirsch's Bureau. Z = Privattelegraph.

Die preussische Wahlrechts-Reform.

Die in der Thronrede angekündigte und von allen politischen Kreisen mit Spannung erwartete Vorlage zur Reform des preussischen Wahlrechts hat nunmehr endlich das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Wir entnehmen den am Freitag abend offiziell publizierten Mitteilungen folgende

Grundzüge des Entwurfs.

Von der indirekten soll zur direkten Wahl übergegangen werden. Daß die indirekte Wahl sich überlebt hat und in die heutigen Verhältnisse nicht mehr hineinpaßt, kann nicht mehr

bestritten werden. — Die zweite wichtige Neuerung schlägt die Vorlage mit der sogenannten „Magimierung“ vor: es soll eine Grenze festgelegt werden, über die hinaus die Steuerleistung nicht mehr angerechnet wird. Diese Grenze ist bei 5000 Mark Gesamteinkommen gewählt. Von diesem Magimierungssatz werden etwa 13 000 Wähler getroffen. Er entspricht einem einkommensteuerepflichtigen Einkommen von 40 000 bis 42 000 Mark, das durchschnittlich in 5000 Mark Gesamteinkommen 1415 Mark Staatseinkommensteuer enthalten sind. Die Magimierung soll den übermäßigen Einfluß der „Millionäre“ ausschalten.

Die dritte Neuerung will neben dem Stimmzettel weitere Merkmale für die Bildung der Abteilungen aufstellen. Als solche bieten sich höhere Bildung, gereifte Berufserfahrung, verdienstvolle Tätigkeit im öffentlichen Leben. Damit wird, so meint die Regierung, der Ausbreitung der Bildung, des politischen Verständnisses und der Staatsgeföhrung Rechnung getragen und den Klagen über unbillige Gruppierung der Wähler allein nach ihrem Besitz begegnet werden. Eine weitere Neuerung bringt die Art der Stimmzählung. Es soll abteilungsweise in Stimmbezirken abgestimmt werden. Die Zusammenrechnung der Stimmen soll aber in jeder Abteilung für den ganzen Wahlbezirk erfolgen, so daß die Minoritäten der einzelnen Stimmbezirke bei dem Gesamtergebnis zur Geltung kommen.

Die Tendenz der Vorlage faßt die Regierung dahin zusammen, daß sie unter Aufrechterhaltung der bisherigen Grundlagen des Wahlrechts und des Einflusses der mittleren Stände pluralistische Ausartungen beseitigt und für die Zukunft verbindet, und daß sie die Teilnehmer der Wählerschaft an den Wahlen teilt. — Die Einführung der geheimen Stimmabgabe hat die Regierung abgelehnt.

Die neuen Merkmale für das

Aufsteigen in eine höhere Abteilung

werden in den §§ 8, 9 und 10 des Entwurfs behandelt. Der § 8 will abgeschlossene Hochschule, Mitgliedschaft im Reichs- und Landtag, ehrenamtliche Tätigkeit in den Selbstverwaltungs-Anschlußbehörden und in den Verwaltungskörperschaften der höheren Kommunalverbände, sowie Offiziersdienst im Heer und in der Marine als Merkmale für das Aufsteigen aufsetzen. Wähler mit solchen Merkmalen sollen aus der 2. oder 3. Abteilung der nächst höheren zugewiesen werden. Für die ehrenamtliche in den Verwaltungskörperschaften der engeren Kommunalverbände tätigen Wähler schreibt der § 9 des Entwurfs vor, daß sie aus der 3. in die 2. Abteilung aufrücken sollen. Es fallen hierunter die unbeforderten Bürgermeister, Beigeordneten und Mitglieder der Magistratskreise angehöriger Städte und die ehrenamtlichen Vorsteher und Mitglieder der ländlichen Gemeindeverbände. Bei diesen Wählergruppen soll der Anspruch auf das erhöhte Stimmrecht durch wenigstens zehnjährige Tätigkeit in den bezeichneten Ehrenämtern erworben werden. Nach § 10 sollen endlich der 2. Abteilung diejenigen nach der Steuerleistung in die 3. Abteilung fallenden Wähler zugewiesen werden, welche mit einem Einkommen von mehr als 1800 Mark zur Staatseinkommensteuer veranlagt sind und entweder seit 15 Jahren sich im Besitze der Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst befinden oder seit wenigstens 5 Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst auf Grund wenigstens zwölfjähriger militärischen oder gleichgestellten Dienstes oder die Berechtigung zur Anstellung im Forstdienste besitzen. Beide Gruppen sollen nach dem Entwurfe den Anspruch auf die Zuweisung der 2. Wählerabteilung aber erst besitzen, wenn sie ein gewisses Lebensalter erreicht haben und auch ihrer äußeren Lebenslage zu den Angehörigen der Mittelstandes gerechnet werden können.

Die Feststellung des Wahlergebnisses wird überaus kompliziert. Darüber wird offiziell mitgeteilt: „Für jede Abteilung gesondert wird die Zahl der im ganzen Landtagswahlbezirk abgegebenen gültigen Stimmen zusammengerechnet, und der Anteil jedes Kandidaten an den abgegebenen gültigen Stimmen abteilungsweise nach Hundertteilen der Stimmen festgestellt. Die so gewonnenen Hundertteilzahlen aller Stimmen jeder Abteilung werden für jeden Kandidaten zusammengestellt, ihre Summe wird durch drei geteilt. Gewählt ist, dessen durchschnittlicher Stimmenanteil hier nach mehr als fünfzig vom Hundert beträgt.“

Eisenbahnunfall.

H Berlin, 4. Febr. Gestern abend entgleiste kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof Friedrichstraße infolge unrichtiger Weichenstellung die Lokomotive eines Arbeiterzuges. In etwa zwei Stunden war das Verkehrshindernis beseitigt und

der Verkehr wieder normal. Personen wurden nicht verlegt. Der Materialschaden ist gering.

Unfall beim Gasrohrlegen.

■ Berlin, 4. Febr. Zwei Rohrleger besetzten gestern in Niddorf unter dem Hausflur die Gasleitung aus und mußten diese auseinandernehmen. Während sie in einem Schacht liegend arbeiteten, strömte viel Gas aus, daß sie die Besinnung verloren. Hausbewohner holten die Verunglückten, die bereits mit dem Tode kämpften, aus dem Schacht heraus und riefen die Feuerwehr, der es nach vieler Mühe gelang, die Verunglückten auch mit Hilfe von Sauerstoffapparaten ins Freie zurückzurufen.

Eine Falschmünzbande.

■ Hamburg, 4. Febr. In St. Pauli wurde der Monteur Schwarz, ein Kellner Schneider, dessen Logiswirtin, ein Kontrollmädchen und ein Marktreisender verhaftet, weil sie falsche Zweimarkstücke angefertigt und in Umlauf gesetzt hatten.

Von der Strassenbahn überfahren und getötet.

■ Stuttgart, 4. Febr. Kommerzienrat Paul Kurz, ein bedeutender Buchhändler und Ehrenmitglied der Sektion Stuttgart des deutsch-österreichischen Alpenvereins, wurde gestern von der Straßenbahn überfahren und getötet.

Zeppelin IV.

■ Friedrichshafen, 4. Febr. Das Luftschiff „Z IV“ schreitet rüstig im Bau fort. Das Gerippe ist bis drei Vierteln seiner Länge fertig. Anlage und Ausstattung der Passagierkabinen wird mit besonderer Sorgfalt vorgenommen. Die Kabinen werden mit allem Komfort ausgerüstet werden.

Kindesmörder.

■ Wien, 4. Febr. Aus Sifiana wird gemeldet: Ein Altermieter einer Frau Leban hörte, wie deren zwei Töchter sich über Mißhandlungen durch den Geliebten der Mutter beklagten. Das ältere Mädchen erzählte, sie würde verraten, daß der Viehhändler und ihre Mutter kleine Kinder verbrannt hätten. Der Altermieter verständigte die Polizei. Bei der Vernehmung der Kinder gab das ältere an, daß der Viehhändler seiner Mutter fürzlich ein neugeborenes Kind in den Backofen geworfen habe. Vor 1½ Jahren habe sie daselbst gesehen; über weitere gleiche Vorkommnisse konnte das Mädchen keine Zeitangaben mehr machen. Die Gendarmerie verhaftete die Leban und deren Geliebten.

Sven Hedin beim Papst.

■ Rom, 4. Febr. Der Tibetforscher Sven Hedin hatte gestern beim Papst, der sich über die Reise des Forschers eingehend berichten ließ, eine längere Audienz. Der Papst forderte ihn zu neuen Kulturfahrten auf. Sven Hedin wurde dem Papst vom Generalsekretär der Geographischen Gesellschaft vorgestellt.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 5. Febr. (Preis-Maskenball.) Am Sonntag, den 6. Februar veranstaltet der Turnverein „Kaiserkrone“ einen großen Preis-Maskenball. Der Verein hat keine Mühe und Kosten gespart, um den Besuchern einige fröhliche Stunden zu bereiten. Es gelangen folgende Preise zur Verteilung: 4 Damen-, 4 Herren-, 2 Klown-, 2 Gruppen- und 1 Ueberreichungspreis. Als Preisrichter fungieren nur unparteiische Herren. Die Preise sind im Schaufenster des Zigarrengeschäfts von Herrn Karl Walter ausgestellt. Wir wünschen dem Verein ein volles Haus. „Gut Heil!“

Südkamen, 5. Febr. (Westfälischer Turnbund.) Am Sonntag fand im Lokale des Herrn Fr. Büfelfeld die Haupt-Delegiertenversammlung des „Westfälischen Turnbundes“ statt, welche an Stelle des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten 1. Vorsitzenden Herrn L. Knieper vom 1. Schriftführer Herrn Seiner. Rieflinger um 4 Uhr eröffnet wurde. Derselbe hieß die Erschienenen herzlich willkommen und dankte für das zahlreiche Erscheinen, überbrachte die Grüße des 1. Vorsitzenden und gedachte darauf des vor kurzem stattgefundenen Geburtstages des Kaisers. Seine Ansprache klang aus in ein „Gut Heil!“ auf das Geburtsfest. Darauf begannen die Verhandlungen mit dem Verlesen der Protokolle von der letzten Delegiertenversammlung, gegen welche Einwendungen nicht erhoben wurden. Aus dem dann folgenden Jahresbericht ging hervor, daß der Bund nicht müde gewesen ist, sondern intensiv turnerisch gearbeitet hat. Das geht auch daraus hervor, daß auf dem letzten Bundesfeste in Südkamen etwa 70 Preise (Kränze und Diplome) zur Verteilung gelangen konnten. Die Rechnungslage wurde vom 1. Turnwart in Vertretung vorgetragen. Als Rechnungsprüfer wurden gewählt die Turngenossen Rebbe und Stumm, welche die Revision sofort vornahmen. Die dann getätigte Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: Fr. Müllmann-Südkamen 2. Vorsitzender; Bräggemann-Kaiserkrone Kassierer; Rieflinger-Kamen 1. Schriftführer; C. Bubbe-Kaiserkrone 2. Turnwart und Fr. Meene-Südkamen Beisitzer. Betr. der neuen revidierten Statuten wurde beschlossen, dieselben unverzüglich in Druck zu geben. Da Anträge nicht vorlagen, ging man zum „Verschiedenen“ über. Zunächst

erklärten die Revisoren, Bücher und Belege in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Es wurde dann über das jetzige Preissystem verhandelt. Hierüber referierte in längeren Ausführungen der 2. Turnwart Herr C. Bubbe. Nach ausgiebiger Debatte wurde beschlossen: In Zukunft sollen außer den bis jetzt zur Verteilung gelangten Preisen auch Gegenstände ausgeturnt werden, die einen turnerischen Wert haben. Die weitere Ausarbeitung dieser Angelegenheit wurde dem Vorstande übertragen und wird in einer in Bälde stattfindenden Vorstandssitzung, zu welcher die Turnwart „Kaiserkrone“ mit hinzugezogen werden sollen, ihre Erledigung finden. Das diesjährige Bundesfest hat der Turnverein „Kaiserkrone“ übernommen und wird am 2. Pfingsttage in den Lokalitäten der Frau Witwe Starke (Westentor) gefeiert. Damit hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht und der Vorsitzende schloß, nachdem er zu regem Fleiß und Einigkeit ermahnt hatte, mit einem „Gut Heil!“ auf das Wachsen, Blühen und Gedeihen des Westfälischen Turnbundes um 6½ Uhr die anregend verlaufene Versammlung.

Spielplan des Dortmunder Stadttheaters. Sonntag, den 6. Februar. Nachmittags-Vorstellung zu vollständigen Preisen. Anfang 3 Uhr. Gefangen. Ein Familien-drama in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen. — Abends 7 Uhr. Opernpreise. Die Meistersinger von Nürnberg, in 3 Aufzügen von Richard Wagner.

Montag, den 7. Februar. Anfang 7½ Uhr. Schauspielpreise. Serie A, Nr. 34, grüne Karten. Zum 2. Male. Der deutsche König. Schauspiel in 5 Aufzügen von Ernst von Wildenbruch.

Dienstag, den 8. Februar. Anfang 7½ Uhr. Opernpreise. Serie B, Nr. 34, braune Karten. — Aufführung in Deutschland. Zum 1. Male. Im Paradiese Mahomets. Operette in 3 Aufzügen von Robert Planquette (Komponist der „Gloden von Corneville“).

Mittwoch, den 9. Februar. Anfang 7½ Uhr. Volkstheater bei aufgehobenem Abonnem. Jahrestarten gültig. Volkstümliche Preise. Judith. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Hebbel.

Donnerstag, den 10. Februar. Anfang 7½ Uhr. Opernpreise. Serie A, Nr. 35, grüne Karten. Zum 2. Male. Werther. Lyrische Oper in 3 Aufzügen von F. Massenet.

Freitag, den 11. Februar. Anfang 7½ Uhr. Schauspielpreise. Serie B, Nr. 35, braune Karten. Zum 1. Male. Diese Leute. Lustspiel in 3 Aufzügen von Curt Kraas.

Sonnabend, den 12. Februar. Anfang 8 Uhr. Opernpreise. Serie C, Nr. 34, rote Karten. Zum 2. Male. Im Paradiese Mahomets. Operette in 3 Aufzügen von Robert Planquette (Komponist der „Gloden von Corneville“).

Sonntag, den 13. Februar. Nachmittagsvorstellung zu vollständigen Preisen. Anfang 3½ Uhr. Die Großstadtluft. Schwank in 4 Aufzügen von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg. — Abends 8 Uhr. Opernpreise. Ein Sommernachtsstraum. Lustspiel in 3 Aufzügen von W. Shakespeare. Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy.

Standesamt Kamen.

Vom 1. bis 15. Januar 1910.

Angebote: Silbweidensteller F. Boggel u. Anna Laging, Kamen u. Dortmund; Bergm. A. Simon u. Hedwig Roszat, Kamen; Bergm. A. Springer u. Katharina Schmitz, Kamen; Haubert W. Neff u. Frida Hintmann, Kamen und Nordbögge.

Verheiratete: Oberpostassistent C. Müncher u. Elisabeth Wiener, Köln u. Kamen; Bergm. G. Engels u. Anna Moll, Kamen; Bergm. J. Reichenbaum u. Berta Heider, Kamen; Bergm. B. Schenkman u. Theresia Graumann, Kamen.

Geboren: Ein Sohn den Nachbarnamen: Pastor W. Ewald; Fördermaschinenf. Diening; Koksarb. M. Chüdy; Bergm. G. Streder; Bergmann G. Horn; Bergm. P. Hahn; Bergm. A. S. Krause. — Eine Tochter den Nachbarnamen: Bergm. G. Gabler; Bergm. A. Loschek; Bergm. A. Puf; Bergm. A. Maiborn; Bergm. J. Möt; Bergm. S. Schönmann; Bergm. B. Wohlgenuth; Bergm. S. Hammerich; Agent F. Blume; Bauunternehmer A. Göde; Handesgärtner S. Schucht; Tagesarb. S. Kirchhoff.

Gestorben: S. Lubwig, 3 M.; Schuhmacher F. Gohmann, 59 J.; Bergm. L. Lehmann, 76 J.; Bergm. B. Olbrich, 42 J.; Wwe. Antoinette Möller geb. Schröder, 67 J.

Der Professor! Eine hochoriginelle und dabei sehr belehrende Klamme ist jetzt in verschiedenen hiesigen Auslagen für das bekannte Waschmittel „Persil“ zu bewundern. Inmitten eines Aufbaues von Persilpateten erhebt sich eine fast lebensgroße Figur, die einen alten, hinter einem Pulte stehenden Professor darstellt, der dem Publikum in überzeugenden Worten die Vorzüge dieses in Wasch- und Bleichkraft unerreichten Waschmittels zu erklären scheint. In der hoch erhobenen Linken sieht man ein wirkliches, scheinbar soeben erst aus der Wäsche gekommenes Wäschestück, dessen eine Hälfte noch die frühere, schmutzige Beschaffenheit erkennen läßt, während die andere Hälfte durch Behandlung mit Persil blendend weiß und wieder wie neu geworden ist. Andere, in ähnlicher Weise bearbeitete Wäschestücke, die auf dem Pulte umherliegen, vervollständigen das Bild und führen dem Beschauer vor Augen, daß selbst die hartnäckigsten Flecken, wie Tinte, Blut, Rotwein, Kaffee, Sauce etc. spielend leicht und spurlos durch Persil beseitigt werden.

Bei dem jetzigen außerordentlich starken Wettbewerb in sämtlichen Branchen ist es ganz selbstverständlich, daß sich nur solche Artikel dauernd behaupten und immer weiter ausbreiten können, deren vorzügliche Qualität vom laienkundigen Publikum erprobt und allenthalben anerkannt wurde. Zu denselben gehören in allererster Linie die Manoli-Zigaretten, die bei ständig steigendem Konsum sich infolge ihrer Güte und Preiswürdigkeit einer allseitigen Beliebtheit erfreuen. Manoli-Zigaretten sind überall zu haben.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meyer in Kamen

Westfälische Kreditanstalt Kamen

Kamen

Bahnhofstrasse 47.

Telefon Nr. 62.

Wir nehmen

Bargeldeinlagen

zur Verzinsung auf

provisionsfreiem Scheck- u. Depositen-Konto

zu günstigen Bedingungen entgegen und vermitteln den

An- u. Verkauf von Wertpapieren jed. Art

sowie alle bankmässigen Geschäfte

Diskontierung von Wechseln

Eröffnung laufender Rechnungen

mit und ohne Creditgewährung.

195

Auch beim Nachfüllen



verlange man ausdrücklich echte MAGGI-Würste u. achte darauf, dass aus der grossen Original-MAGGI-Flasche nachgefüllt wird, da in dieser gesetzlich nur echte MAGGI-Würste feilgehalten werden darf.



Die Herren Handwerksmeister, Gesellen und Freunde des Handwerks werden hiermit zu der

Kaisers-Geburtsstagsfeier
der hies. gewerbl. Fortbildungsschule

am Sonntag, d. 6. Febr. im Saale der Wwe. Goertz eingeladen. Beginn der Feier 4½ Uhr.

Der Festausschuss.



Der Junggesellen-Klub

„Fidel u. heiter“ Oberaden

feiert am

Sonntag den 6. Februar

im Lokale der Wwe. Bennemann, Oberaden seinen

diesjährigen großen

Preis-Maskenball.

Es gelangen

4 Herren-, 4 Damen-, 2 Gruppen- und 2 Klown-Preise

zur Verteilung. — Anfang der Maskierung 7 Uhr 15 Minuten. Demaskierung 8 Uhr 30 Minuten.

Darnach: **Großer Ball.**

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Versicherung

gegen

Wasserleitungs-Schäden

übernimmt gegen mäßige Prämien und unter günstigen Bedingungen die

Münchener u. Münchener Feuer-Vers.-Ges.

Nähere Auskunft durch die

Verwaltung Fr. Meyer-Kamen, Weststr. 54a.

Evangel. Arbeiter-Verein KAMEN.

Diskussion

am 6. Febr. findet nicht statt
196 Der Vorstand.

Turn-Verein „Eintracht“ Kamen.

General-Versammlung

am Sonntag, den 6. Febr. 1910, nachm. 3½ Uhr, im Vereinslokal W. Reinhard.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungslage.
3. Bericht der Revisoren.
4. Bericht d. Bundesdelegierten.
5. Festsetzung der Festlichkeiten für 1910.
6. Kaisergeburtstagsfeier.

Es ladet freundlichst ein
198 Der Vorstand.



Münchener Bier

im Anstich.

Restaurant F. Kümper,
Bahnhofstr. 18. 199

Weaen Verheiratung des jetzigen zum 1. März ein tüchtiges, properes

Mädchen

gesucht. 193

Buchhandlung Matthäi,
Kamen, Weststr. 10.

Zu April oder Mai ein tüchtiges 194

Dienstmädchen

für alle Hausarbeiten gesucht.
Gebrüder Kaufmann, Kamen.

Töchter

aus guter Familie finden im Fröbel-Oberlin-Institut Berlin, Wilhelmstr. 10, praktische Ausbildung für den eigenen Haushalt.

Im Schneidern, Nähen, Weben, Stricken, Häkeln, etc., oder in den hauswirtschaftlichen Berufen, wie: Köchin, Stütze, Angestellte, Hausmädchen. Auswärtige in gute Pension im Schul-Beginn der Kurse jeden 1. u. 16. Jede Schülerin erhält auf Verlangen nach beendeter Kursus Stellung. Gebührendes Stipendium. Jede Stellsuchende. Beste Bezugsquelle für herrlich. Personal. Preis. 1000. 1900. 1900. 1900.

Ich bitte um Beachtung der Schaufenster

Simon's letzte 95 Pfg.-Tage im Total-Ausverkauf.

Um mein Lager gänzlich zu räumen, habe ich dasselbe fast durchweg in 95 Pfg.-Artikeln zusammengestellt. Diese 95 Pfg.-Artikel haben bis 3 u. 4fachen Wert. Keiner lasse sich diese günstige Kaufgelegenheit entgehen. - - - Der Ausverkauf dauert nur noch kurze Zeit.

Die 95 Pfg.-Tage beginnen heute.

Ernst Simon, Kamen, West- und Kämmerstr.-Ecke.

Kommunion- und Brautkränze, sowie Glacehandschuhe werden spottbillig verkauft.

184

Ohlendorff's Peru-Guano

„Füllhornmarke“

hat sich als Kopfdünger vorzüglich bewährt.

176

Tanz-Schule.



Neuer Kursus

beginnt am Donnerstags, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn L. Nieder am Markt.

Hochachtungsvoll
H. Ludmann, Kamen.

151

Photog. Anstalt

E. Brass, Kamen, Bahnhofstr. 49a

12 Visittbilder, glänz. Dtzd. 2.50 Mk.
12 Kabinettbilder Dtzd. 6 Mk.
12 Visittbilder, matt, Platin, Dtzd. 6 Mk.
12 Kabinettbilder, matt, Platin, Dtzd. 15 Mk.
Aufnahmen täglich, Sonntags ununterbrochen von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.

142

C. Holtmann, Kamen, Bahnhofstr. 58.

Einrahmungen

von Bildern, Brautkränzen etc. Grosses Lager in Rahmen u. Leisten.

Anfertigung von Drucksachen aller Art.



Schützen-Verein

Weddinghofen.

Am Sonntag, den 6. Februar 1910, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Dieckmann:

Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Wahl des Vorstandes und der Offiziere.
 2. Verschiedenes.

183

Wegen Neubau

befindet sich mein Pelzwaren-, Hut-, Mützen- und Schirm-Geschäft
Bahnhofstraße 55.

Stets das Neueste in Seidenhüten, Filzhüten, Mützen.

Gleichzeitig empfehle: Spazierstöcke, Tornister (echt Leder), Hosenträger, Turner-Gürtel, Portemonnaies, Kämme, Kleider- und Kopfbürsten, Taschenspiegel, Taschenmesser, Leinen- und Papiertwäsche, Schlipse, Glace- und Winter-Handschuhe.

Anfertigung von Vereinsmützen jeder Art. Reparaturen an Schirmen und Stöcken billig.

L. Kosanetzky,

KAMEN, Bahnhofstrasse 55.

187

Haben Sie Bedarf

in Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Briefumschlägen, sowie Drucksachen irgend welcher Art

so wenden Sie sich an die Buchdruckerei

Friedr. Matthiä, KAMEN, Weststr. 10.

Sie finden dort eine reichhaltige u. moderne Musterauswahl sowie prompte und preiswerte Bedienung.

Visitenkarten, Verlobungsanzeigen, Hochzeitsanzeigen, sowie Todesanzeigen u. Totenzettel werden sofort nach Bestellung angefertigt.

Pfeiffer & Diller's

Kaffee-Essenz in Dosen. (Originalmarke). Feinster Kaffee-Zusatz. Fabrik: Hirschheim bei Worms a. Rh.

Fr. Matthiä KAMEN
Weiststraße Nr. 10.
Buch- und Papier-Handlung
Galanterie- und Feinwaren.
Buchbinderei.

Spezialität:
Bilder - Einrahmungen
unter Garantie für
absol. Stabilität.

Größte Auswahl
Bilder, Bilderrahmen u.
Rahmen jeder Art.
Prompte Bedienung
Billigste Preise.

Eine in der Nähe Essens neuerbaute

186

Schanfwirtschaft

ist wegen anderer Beschäftigung zu verkaufen. Nebensache 1500 Mk. Auskunft erteilt

Herm. Hülsebnisch,
Vorbeck, Spediteur.

Holz-Verkauf.

Haus Velmede.

Mittwoch, den 9. dts. Mts., morgens 10 Uhr,

soll im Forstdistrikt Beckingrod:

200 Stück Fichten zu Gerüststangen, Latten und Baumstämme;

120 Raumm. Eichen- und Hainbuchenstangen zu Brandholz;

im Distrikt Osbunge:

500 Stück Kiefernstangen zu Trechtungen und Brandholz;

25 Stück Buchen von 20 bis 50 cm Durchmesser, zu Nutz- u. Brandholz

nummerweise meistbietend verkauft werden.

Versammlung beim Wirt Saumann.

Töddinghausen, den 3. Februar 1910.

189



Ein fast neues, zweistöckiges, massives

Wohnhaus

mit Stallung und Garten auf dem Lande, sofort unter der Hand zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

163

Eine Wohnung

von 3 Zimmern, am liebsten etwas außerhalb der Stadt, sofort oder später gesucht.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

182

Ordentliche Leute erhalten Kost und Logis.
L. Kniener, Nordstr.

Zum Einkassieren und Verkauf bei der Privatschule in Kamen und Umgebung wird ein fleißiger, zuverlässiger

Mann

gesucht. Bewerber, die eine kleine Kautions stellen können, wollen Offerten unter Nr. 168 an die Geschäftsstelle d. Bl. einreichen.

Zum 1. Mai ein

Zweitmädchen

von 15-16 Jahren gesucht. Wo, zu err. i. d. Geschäftsstelle der „Kamener Zeitung.“

Wer Stellung sucht verlange die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“

Meine Verlobung

mit Frä. Frieda Höning erkläre ich nochmals auf meinen Wunsch für aufgehoben.

Die Erklärung in d. letzten Nummer bezeichne ich als eine grobe Lüge.

Kamen. 180
Wilh. Kellweg.

Wer

Besitzung

beleihen will, wende sich unter 5. 1000 an die Geschäftsstelle der Ztg.

105

1 n. Sturzkarte für Landwirte

gebe billig ab.

Kamen. 146
F. Heckmann, Wagenbau.



Probieren Sie Pilo und Sie werden finden, dass es die beste Schuhcreme ist, die existiert.

157

Kirchliche Nachrichten.

Größere ev. Gemeinde.
Sonntag Estomihi, 6. Febr. 1910.
Morgens 10 Uhr: Hauptgottesdienst.
Pastor Lammes.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Pastor Philips.
5 Uhr: Abendgottesdienst.
Pastor Voigts.

Evangelisch-lutherische Kirche.
Sonntag Estomihi, 6. Febr. 1910.
Morgens 10 Uhr: Hauptgottesdienst.
Pastor Gwalb.
1/2 12 Uhr: Kindergottesdienst.

Nordberg.

Sonntag den 6. Febr.
Morg. 10 Uhr: Hauptgottesdienst.
11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.
Pfr. Lohmeyer.

Vereine und Versammlungen.

(Gemeindehaus der ev. Gemeinde.)
Männer- u. Jungmännerverein.
Sonntag 8 Uhr: Versammlung.
Dienstag 8 Uhr: Spielabend.
Donnerst. 9 Uhr: Bibelstunde.
Freitag 8 Uhr: Vortragsabend.

Jungfrauen-Verein.

Sonntag 4 Uhr: Versammlung.

Blau-Kreuz-Verein.

Sonntag 5 Uhr: Bibelstunde.

Dienstag 8 1/2 Uhr: Bibelbesprechende.

Freitag 8 1/2 Uhr: Gebetsstunde.

Evangel. Vereinshaus für Stadtmission. (Rottmeyerstr. 7.)

Sonntag 4 Uhr: Bibelstunde.

Montag 8 Uhr: Bibelbesprechende.

Freitag 8 Uhr: Gebetsstunde.

Versammlungen in Overberge.

Sonntag 2 Uhr: Kindergottesdienst in der neuen Schule.

Donnerstag 5 Uhr: Bibelstunde in der neuen Schule.

Büchersammlung in Bergkamen.

Kammerer Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Invertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“ dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 16.

Sonnabend, den 5. Februar 1910.

38. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Die Unterveranlagungen.

Als im Abgeordnetenhaus, bei der Etatsberatung, die Frage der Unterveranlagungen berührt wurde, erhob sich der Finanzminister zu einer Rede, an der die Steuerhinterzieher ihre Freude haben konnten. Man kennt die, zuerst von Hans Delbrück unternommenen, dann von anderen Kritikern fortgeführten Untersuchungen darüber, ob die Ergebnisse der Steuerveranlagung in Preußen mit dem Betrage an Einkommen und Vermögen übereinstimmen, wie er sich durch eingehende statistische Nachforschungen annähernd feststellen läßt. Aus diesen Untersuchungen ergab sich mit unerwarteter Bestimmtheit, daß die Unterveranlagungen horrend sind. Während die Gesamtveranlagung noch nicht 92 Milliarden ergibt, beträgt das steuerpflichtige mobile Kapital allein wenigstens 77 Milliarden, von denen nur etwas über die Hälfte, ungefähr 40 Milliarden, tatsächlich versteuert wird. Die Differenzsumme von 60 bis 70 Milliarden entzieht sich in Preußen alljährlich der Steuer, und das bedeutet, daß dem Staate Jahr für Jahr gering gerechnet 120 Millionen an Einkommensteuer vorenthalten werden. Jede Finanznot wäre befehligt, wenn wirklich eine gerechte Veranlagung zur Einkommen- und zur Vermögenssteuer stattfände. Was aber tat Herr v. Rheinbaben im Abgeordnetenhaus? Er sprach nicht anders, als wenn im Grunde genommen Alles in bester Ordnung sei, und zum Beweise dafür legte er in aller Breite dar, daß dieser oder jener Fall angelasteter Steuerhinterziehung, den man nachgeprüft habe, als gänzlich unbegründet erwiesen worden sei. Aber was beweisen überhaupt die Einzelfälle? Was sind sie gegen die Hundertfach im letzten Jahre vorgeführten Zeugnisse von Sachkennern? Professor Delbrück hat zehnmal recht, wenn er auf der seltsamen Rede des Finanzministers jetzt in den „Preussischen Jahrbüchern“ erwidert: „Sind die allermindestens 120 Millionen Mark, die dem Staate Preußen jährlich durch Unterveranlagung entgehen, zu widerlegen oder nicht? Sie sind nicht zu widerlegen, denn sonst wäre es längst geschehen; wozu sind die Vortragenden Räte, die Assessoren, die Statistiken denn da? Und selbst wenn sie widerlegt und die Summe auf die Hälfte reduziert würde, was wäre damit geändert? Der Finanzminister steht ja auch selber auf dem Standpunkt, daß wir dem Ziel einer besseren Veranlagung „noch nicht nahe gekommen“ sind. Wie ist es dann aber möglich, daß die selbe Rede

ausklingt, als ob Alles in Ordnung wäre? Leben wir in Preußen oder leben wir in Rußland?“ Solche scharfe Frage also muß sich Herr v. Rheinbaben vom Professor Delbrück gefallen lassen, und wir sehen nicht, wie er sie befriedigend beantworten könnte. Denn er hat sich festgelegt, während es ihm, dem doch die Fülle der Finanzen anvertraut ist, besser angefallen hätte, wenn er auch seinerseits durch einen kräftigen Appell das Gewissen der Steuerzahler geschärft und seinen Behörden die unnachlässigste Strenge öffentlich anbefohlen haben würde. Der Augenblick wäre umso günstiger gewesen, als gerade jetzt die neuen Steuerreklamationen eingelaufen sind und geprüft werden. Gerade diesen Augenblick aber benutzte Herr v. Rheinbaben dazu, uns freundlichst zu beruhigen und die Vorstellung zu erwecken, daß es gar nicht so nötig sei, sich anzustrengen. Es ist ein kräftiges Wort, das Delbrück gebraucht, aber es läßt sich verstehen, wenn er ausruft: „Diesem Ministerium keine neuen Steuern, bis die alten Steuern in Ordnung gebracht sind, und in Preußen, was im Gesetz steht, auch Wirklichkeit geworden ist!“

Der Militär-Etat in der Budgetkommission.

In der Donnerstag-Sitzung der Budgetkommission des Reichstags kam bei Beratung des Militäretats Oberst Wandel noch einmal auf die Beraterfrage zurück. Werde die Vorlage abgelehnt, so sei in diesem Jahre eine andere Regelung nicht mehr möglich. Zu den 200 bestehenden Feststellen würden noch weitere treten. Die Abstimmung erfolgte, wie schon mitgeteilt, zu Ende der Beratung des Militäretats. — Bei den Bezirkskommandos wird von der angeforderten Stellenvermehrung, die insbesondere mit der starken Fluktuation in den Industriebezirken begründet wird, die Hälfte gestrichen und statt 57 neuer Mannschaften nur 29 bewilligt. Eine sehr eingehende Erörterung findet statt über die Organisation der Bekleidungsämter. Aus der Kommission wird der große Aufsichtapparat bemängelt. Der Grundgedanke für die Umwandlung ist bekanntlich die Unterstufung der Zivilhandwerker und die Loslösung der handwerksmäßigen Beschäftigung von der Dienstpflicht. Der Departementschef Generalleutnant v. Wachs erklärt: Die Militärverwaltung sei nicht gern an die Umwandlung herangetreten, die Einrichtung habe sich aber bewährt. Man stehe mit dem Aufsichtspersonal besser als die Zivilindustrie. Die Budgetkommission hat vom Kriegsminister die Ein-

ladung erhalten, ein Besichtigungsamt zu besuchen, und Generalleutnant v. Wachs macht den Vorschlag, einer der Herren möchte einmal vier Wochen in einem Amte mitarbeiten, um die Arbeitsmethode kennenzulernen; man werde dann auch die geforderte Stellenvermehrung nicht bemängeln. Von verschiedenen Seiten aus der Kommission wird aber betont, daß die Organisation unzumutbar sei und man in der Privatindustrie weit zweckmäßiger und sparsamer wirtschaftete. Das Ergebnis der Beratung ist die Streichung eines Stabsoffiziers, dreier Hauptleute, zweier Inspektoren und fünf Unteroffiziere von der geforderten Stellenvermehrung. Bei der Naturalverpflegung werden vier Proviantmeister und acht Proviantamtsdirektoren gestrichen, ebenso drei Unterinspektoren.

Kanzler und Alldeutsche.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht an der Spitze des Blattes einen höchst bemerkenswerten Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und Alldeutschen Ortsvereinen. Das erste Schreiben lautete:

Mülheim-Ruhr, 31. Januar 1910.

Hochgeachteter Herr Reichskanzler!

Eurer Excellenz habe ich als Obmann der Vereinigung rheinisch-westfälischer Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes in deren Auftrage die Ehre, nachfolgende Entschließung ganz ergebenst zu unterbreiten: Die am 30. Januar 1910 in Düsseldorf als Vertreter von 39 Ortsgruppen tagenden rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes erachten es als vaterländische Pflicht, auszusprechen, daß in ihren Kreisen das Auswärtige Amt alles Vertrauen verloren hat. Diese Reichsbehörde hat fortgesetzt durch ihre Maßnahmen tatsächlich fremdländische Interessen zum Nachteil reisendeutscher gefördert, ja geradezu dem Ausland die Waffen gegen deutsche Unternehmungen geliefert und in wichtigen Fällen große reichsdeutsche Interessen schwer geschädigt. Mit besonderer Sorge fragt die Versammlung, wie lange der Reichskanzler solches politisch und wirtschaftlich gleich schädliche Gebahren des Auswärtigen Amtes mit seiner Verantwortlichkeit bedenken will. Eurer Excellenz bitte ich, dieser Entschließung eine wohlwollende Aufnahme entgegenzubringen und ihr eine geneigte Beachtung zu teil werden zu lassen.

Eurer Excellenz ganz ergebenster
gez. Carl Ikenpflig.

Darauf ist vom Reichskanzler-Amt folgendes Schreiben eingegangen.

Berlin, 3. Februar 1910.
An die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, Mainz.

Der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes beehre ich mich mitzuteilen, daß mir aus Mülheim-Ruhr das beifolgende Schreiben zugegangen ist.

Es ist unverantwortlich, daß von Gliedern einer Organisation, die, wie der Alldeutsche Verband, nach ihren Satzungen im nationalen Sinne wirken will, gegen eine Reichsbehörde so unwürdige und beweislose Anschuldigungen geschleudert werden.

Ich lehne es ab, diese Entschließung entgegenzunehmen.

Der Reichskanzler.
v. Bethmann-Hollweg.

Die Schiffsabgaben.

Die Minister der Bundesstaaten sind in Berlin eingetroffen, um im Bundesrat über den preussischen Antrag betr. die Einführung von Schiffsabgaben zu beraten. In gewissen Kreisen des Bundesrates war man übrigens überrascht, daß die Sitzung auf einen Tag festgesetzt worden ist, an dem sonst nicht nur der Reichstag und Landtag, sondern auch der Bundesrat zu feiern pflegt.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist eine endgültige Entscheidung über den ganzen Entwurf noch nicht zu erwarten. Wohl aber dürfte der Verlauf der Sitzung Klarheit darüber bringen, wie groß die Minderheit ist, die von der Einführung von Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen nichts wissen will und ob der Bundesrat geeignet ist, dem Standpunkt der Protestierenden irgendwie Rechnung zu tragen.

Der Verband sächsischer Industrieller sandte folgendes Telegramm nach Berlin: „Bundesrat, Berlin, Wilhelmstr. 74. Der Verband, der 4500 sächsische Industriebezirke umfaßt, erhebt in letzter Stunde dringend und nachdrücklich Einspruch gegen geplante Schiffsabgaben. Die durch Reichsverfassung gewährte Abgabefreiheit deutscher Stromschiffahrt unterläßt Handel und Industrie bei Kohstoffbezug und Warenverkehr, ist besonders wertvoll für die vom Meere entfernten Industriegebiete am Oberlauf der Flüsse und für deren Verbindung mit den Seehäfen. Wir bitten dringend, preussischen Gesetzentwurf abzulehnen, der für die sächsische Industrie, wie für die ganze Volkswirtschaft schwere Belastung und Schädigung bedeutet.“

Der Meineidsprozeß gegen den Grafen Pfeil.

In der Affäre der Gräfin Stephanie von Pfeil und Klein-Elguth, die seit längerer Zeit die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt hat, ist nunmehr Termin zur Hauptverhandlung gegen den Grafen Hauptmann Hans von Pfeil und Klein-Elguth vom 145. Infanterie-Regiment in Graudenz vor dem Militärgericht in Thorn auf den 22. d. Mts. festgesetzt worden. Die Anklage gegen den Grafen, der sich trotz eines Selbstmordversuches und einer sechsmonatlichen Beobachtung eines Geisteskranken im Garnison-Lazarett in Bosen auf freiem Fuße befindet, wenn er auch nicht Dienst tut, lautet auf fahrlässigen Falschheid und Verleitung zum Meineide. Das letzte Vergehen wird darin erblickt, daß Graf Pfeil in seinem Ehecheidungsprozeß mit der Gräfin Pfeil mit Erfolg versucht haben soll, seine Dienstboten, Kurieren und zahlreiche andere Personen, welche mit der gräflich Pfeil'schen Familie während ihres Aufenthaltes in den Garnisonen Hagenau i. Elb. und Jauer i. Schl. zu tun gehabt haben, zu falschen Aussagen wider seine damalige Gattin zu veranlassen. Der Erfolg dieses Ehecheidungsprozesses war bekanntlich, daß die Ehe des gräflichen Paares, zunächst nur aus dem Verschulden des Grafen, auf Grund der falschen Zeugenaussagen aber schließlich aus dem Verschulden beider Ehegatten geschieden und die der Ehe entsprossenen beiden Kinder Stanislaus und Hella dem Vater überantwortet wurden. Graf Pfeil überantwortete in der Folge die Kinder der Familie der Freiherren von Nischhofen, die in Mittelschlesien zahlreiche Güter vom Gemeindevorsteher bis zum Landrat des Kreises Stargard hinauf besitzen und von denen zwei Mitglieder des Reichstages bzw. Preussischen Abgeordnetenhauses sind. — Nach einem fast jahrzehntelangen Kampf gelang es der Gräfin Pfeil, der Militärbehörde gegenüber den Nachweis zu führen, daß Graf Pfeil Zeugen beeinflusst hatte, die bei ihrer Vernehmung vor den Militärgerichten in Graudenz, Danzig und Thorn umfielen und jetzt zu Gunsten der Gräfin aussagten, daß diese von dem Grafen in der unmenschlichsten Weise mißhandelt und durch eine geradezu sublimale Behandlung aus dem Hause

getrieben worden sei. Daraufhin ordnete die Militärbehörde eine Untersuchung gegen den Grafen Pfeil an, in deren Verlauf dieser im Juli v. J. einen höchst mysteriösen Selbstmordversuch durch Öffnen der Gashähne in seinem Schlafzimmer verübte. Man nahm infolgedessen an, daß der Graf geistesgestört sei, doch hat seine Beobachtung im Garnison-Lazarett von Bosen keine Anzeichen dafür ergeben. Als der Graf einige Zeit später in den Verdacht geriet, das Vermögen seiner Gattin, einer Tochter des Millionärs H. im, des Erbbaurechts der Berliner Stadtbahn, beiseite zu schaffen, versuchten, und sich noch verschiedene andere verdächtige Momente ergaben, welche den Behörden ein Recht zu der Annahme zu geben schienen, daß Graf Pfeil im unrechtmäßigen Besitz der Kinder sei, ordnete das Vormundschaftsgericht Graudenz die Herausgabe der Kinder an die Gräfin Pfeil an. Als jedoch die Beauftragten der Gräfin in Schlesien erschienen, um die Kinder abzuholen, verweigerten die Freiherren von Nischhofen nacheinander die erbliche Rechtsbefugnis, und schließlich hob das Landgericht Graudenz den Beschluß des Vormundschaftsgerichts wieder auf bis zur Verurteilung des gegen den Grafen Pfeil schwelenden Verfahrens. Somit wird der bevorstehende Prozeß gegen den Grafen Pfeil zugleich die Entscheidung darüber bringen, ob die Gräfin ihre Kinder endlich wieder erhält. Graf Pfeil hatte sich bekanntlich inzwischen wieder verheiratet, und zwar mit einer Baroness von Behr aus Mitau in Rußland, die jedoch unter der Anschuldringung, daß Graf Pfeil sie auf das brutalste mißhandelt habe, wieder von ihm gegangen ist und die Ehecheidungsklage angestrengt hat. Der Throner Prozeß dürfte angehtigst der heißen Dinge, um die es sich handelt, voraussichtlich unter vollem Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen. Gräfin Pfeil, die gegenwärtig in Paris weilt, ist sowohl als Zeugin geladen wie als Nebenklägerin zugelassen. Wir werden das Urteil mitteilen.

Aus aller Welt.

— Ein zweites Unglück beim Chemieunterricht. Während des Chemieunterrichts in der Klasse Ia der mittleren Knaben-Bürgerschule in Braunschweig explodierte plötzlich eine

Flasche mit Wasserstoffgas. Durch die umherfliegenden Glassplitter wurde der zwölfjährige Sohn Hermann des Tischlers Bolle derart im Gesicht verletzt, daß das linke Auge sofort ausfiel und das rechte Auge ebenfalls schwer in Mitleidenhaft gezogen worden ist. Ein herbeigerufener Arzt legte dem verunglückten Knaben einen Notverband an und veranlaßte seine Überführung nach dem städtischen Krankenhaus. Nach Ausspruch der Ärzte soll nur geringe Aussicht vorhanden sein, wenigstens die Sehkraft des anderen Auges zu erhalten.

Unheimlicher Fund.

In der Arnholtschen Mordsache, die die Berliner Kriminalpolizei seit Monaten beschäftigt, ist ein neuer graufiger Fund gemacht worden. Arbeiter fischten Mittwoch Vormittag aus dem Rixdorfer Schiffahrtskanal am Eisenweg einen weiblichen Oberschenkel heraus. Dieser Oberschenkel stammt zweifellos von der Leiche der Ende November ermordeten Prostituierten Anna Arnholz.

Wie erinnerlich, wurde am 4. Dezember v. Jahres in der Oberlippe ein weiblicher Rumpf gefunden. Drei Tage später wurden am Tempelhofer Feld auch zwei Arme gefunden, die nach den Feststellungen der Gerichtsärzte zu derselben Leiche gehörten. Aber erst nach mehreren Tagen gelang es, die Identität der Ermordeten festzustellen: es war die 28-jährige Prostituierte Anna Arnholz, die seit dem 28. November v. J. vermißt wurde. Die fehlenden weiteren Teile der Leiche zu ermitteln, gelang vorläufig nicht. Unter dem Verdacht, als Mordbegehungszeuge der Mittäterschaft, wurden die früheren Wirtin der Arnholts, Frau Schred und der gemeinsame Geliebte der Schred und der Arnholts, Ernst Hahn, verhaftet. Beide befinden sich noch in Untersuchungshaft. Der Mittwoch im Rixdorfer Schiffahrtskanal aufgefundenen Oberschenkel ist mit dem linken Bein der Arnholts, das am Knie und an der Hüfte abgetrennt worden ist. An dem Oberschenkel befindet sich noch eine Unterleibsorgane. Der Oberschenkel war mit einer Schnur um das Papier, in das der Leichenteil wohl eingewickelt war, in zwischen verschwunden. Das

beweist, daß der Oberschenkel bereits längere Zeit im Wasser gelegen hat. Wie lange, das soll die Obduktion durch die Gerichtsärzte ergeben. Der Fund wurde nach dem Schauhause gebracht.

— Björnsons Befinden wieder verbessert. Das Befinden des in Paris auf dem Krankenbett liegenden Dichters Björnson gibt, nachdem vorübergehend eine Besserung zu konstatieren war, wiederum zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß. Björnsons Sohn, der in Wien einen Vortrag halten sollte, ist plötzlich nach Paris abgereist, nachdem er die telegraphische Nachricht erhalten hatte, daß im Befinden seines Vaters eine Wendung eingetreten sei, die das Schlimmste befürchten lasse.

— Ein Grubenunglück ereignete sich in Meuselwitz. Dort wurden zwei im Schacht nach arbeitende Brüder von hereinbrechender Kohle überrollt. Während es dem einen der beiden gelang, sich zu retten, wurde der andere von der Kohlenmasse verschüttet und konnte trotz sofort angehaltener Rettungsversuche nur als Leiche geborgen werden.

— Ueber ein blutiges Drama wird aus Niederfinow bei Gerswalde berichtet: Der 25-jährige Ziegelarbeiter Franz Peters hatte einige Zeit in dem Betriebe des Ziegeleibesitzers Tordorf gearbeitet. Vor einigen Tagen wurde er entlassen, wie er meinte, mit Unrecht. Er sann deshalb auf Rache und zwar wollte er den 20-jährigen Sohn Tordorfs, von dem er wußte, daß er vom Vater bevorzugt wurde, ums Leben bringen. Als der junge Tordorf abends in Begleitung eines Vachhalters durch die Dorfstraße schritt, trat Peters unermutet heran und feuerte drei Revolvergeschosse auf Tordorf ab. Dann eilte er nach seiner Wohnung und tötete sich durch einen Schuß in die Schläfe. Der Zustand des schwerverwundeten Tordorf ist nicht unbedenklich.

— Erstickt. In Stuttgart geriet in der Wohnung eines Kaufmanns in Abwesenheit der Frau die am Ofen aufgehängte Wäsche in Brand. Zwei Knaben, Zwillinge, sind im Rauch erstickt und konnten nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden; ein anderer, fünf Wochen alter Knabe, der ebenfalls im Zimmer anwesend war, ist außer Lebensgefahr.

Reichstag.

Das Amtsgericht Wittenberg bittet um die Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gerkenberger (Zentrum) wegen Verleumdung. — Abg. Dr. Giese (konf.) beantragt im Namen der Geschäftsordnungs-Kommission, die Genehmigung nicht zu erteilen. — Abg. Erzberger (Zentr.) widerspricht. Die Immunität der Abgeordneten müsse natürlich gewahrt werden, aber im vorliegenden Falle wünsche der Abg. Gerkenberger selbst, daß die Genehmigung erteilt werde, damit er in der Lage sei, die über ihn kursierenden Gerüchte zu zerstreuen. — Die Genehmigung wird erteilt.

Der Kolonialrat

wird fortgesetzt. Abg. Lattmann (Wirtschaftl. Vereinig.) erklärt es für tief bedauerlich, wenn weiße Mädchen unter dem Vorwande, Briefmarken zu sammeln, mit Negern in brieflichen Verkehr treten, sie als Freunde anschwärmen, ihnen ihre Photographie schicken und wohl sogar Heirats-offerten machen. Weiter bemängelt er, daß in Hamburg kürzlich ein Somalichäuptling aus dem Hagenbedschen Tierpark, der den Kaiser durch seine Künste bezaubert hatte, mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen bedacht und ihm dieses durch den Landrat in höchst feierlicher Weise überreicht wurde. — Unterstaatssekretär v. Lindemann: Mehrfach ist die Sprache auf die Kleiniedlungen gebracht worden. Nach der Denkschrift sind im Jahre 1908 nicht weniger als 66 neue Kleiniedlungen entstanden und zwar ohne Unterstützung der Regierung. In ganz erheblichem Maße haben sie Tabak angebaut. Natürlich ist nicht die Absicht vorhanden, das ganze Land mit Kleiniedlungen zu überziehen. Es ist natürlich sehr wünschenswert, daß wir in bezug auf Lebensmittel, besonders Gemüse und Obst, in Südwestafrika vom Auslande unabhängig gemacht werden. Für die Gesundheit der Einwohner ist es besonders wichtig, daß frisches Gemüse und Obst im Lande selbst zu haben ist. Es wäre verflucht, das letzte Wort über die Kleiniedlungen bereits zu sprechen. — Abg. Storz (lib. Fraktionsg.) kann den Eindruck nicht loswerden, daß Differenzen zwischen der Zentralleitung und der Verwaltung in der Kolonie aufgetreten sind, und daß gewisse Elemente glauben, zu ihrem Vorgehen gegen die Zentralleitung einen Rückhalt in der Lokalverwaltung zu haben. — Abg. Nozke (Soc.) repliziert auf die Antworten des Staatssekretärs und der Redner aus dem Hause. Wenn Abgeordnete kolonialen Gesellschaften angehören, dann haben sie die verschuldeten Pflicht und Schuldigkeit, sich hier der größten Zurückhaltung zu befleißigen. — Abg. Goller (lib. Fraktionsg.) nimmt für sich das Recht in Anspruch, auch an kolonialen Unternehmungen sich zu beteiligen.

Abg. Erzberger (Ztr.)

tritt hierin dem Abgeordneten Goller durchaus bei. Die Missionen haben wirklich Hervorragendes geleistet. Die Befriedigung der Unterrichts-freiheit würde die koloniale Entwicklung schwer schädigen. Die Missionen haben lediglich von ihrem Rechte Gebrauch gemacht. Es ist doch ein unmoralisches Ding, einem Deutschen seine Beschäftigung zu nehmen, wenn er die Kinder nicht in die Simultanschule schicken will. Das ist ganz etwas anderes, als wenn der Bischof sagt, nachdem eine katholische Schule vorhanden ist, habe ich sie zu besuchen. Das ist durchaus kein Übergriff, das entspricht einfach der katholischen Auffassung. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Sie müssen sich eben mit der katholischen Lehre abfinden. Wenn Sie das nicht tun, werden immer wieder die Konflikte kommen. Würde der Bischof anders handeln, dann wäre es eine Verletzung seiner Pflichten. (Lebhafte Beifall beim Zentrum.) Wir haben doch in Deutschland Konfessions-schulen, weshalb sollen Samoaner nicht dieselbe Freiheit haben wie das Mutterland?

Staatssekretär Dernburg:

Wer die Sozialdemokraten von 1906, wo sie alles und jedes abgelehnt haben, vergleicht mit ihren jetzigen Ansichten, wo der Abgeordnete Nozke nicht nur kritisiert, sondern auch Anerkennung ausgesprochen hat, der weiß, daß diese Veränderung eingetreten ist. (Abg. Nozke: Die Kolonialpolitik hat sich geändert!) Also Sie geben zu, daß Sie sich auch geändert haben. Es würde mich freuen, wenn die Sozialdemokraten vielleicht auch eine Petition „Abrecht und Genossen“ (Weiterkritik) feststellen würden, was sie gegen die Kolonialpolitik einzuwenden haben. Die Simultanschule in Samoa wurde vom Gouverneur eingerichtet, nachdem er von dieser Absicht den Vorstand der Mission in Kenntnis gesetzt hatte. Der Bischof hat dann aber von der Kanzel herab den katholischen Kindern den Besuch der Regierungsschule verboten (Hört, hört!) und sie mit Exkommunikation bedroht, für den Fall, daß jemand doch hingehet. (Hört, hört!) Das geht über den Begriff der Zensurfreiheit hinaus, das ist gegen die Parität. (Lebhafte Zustimmung, Unruhe im Zentrum.) Jeder soll frei wählen können, aber mit Gewissenszwang soll man nicht eine staatliche Einrichtung bekämpfen, eine Einrichtung eines Staates, unter dessen Flagge man Schutz bekommt (lebhafte Beifall), zumal, wenn es sich um einen Bischof handelt, der ein Ausländer ist. (Hört, hört!) Wir haben doch ein Interesse daran, daß auch Missionare hinausgehen aus der Heimat, damit der Zusammenhang mit der Heimat aufrecht erhalten und gewahrt wird.

Abg. Ledebour (Soc.):

Wie die Kolonialpolitik Leopolds ein schmerzliches Beispiel ist für die grausame Barbarei in den Tropenländern, so ist das Wissen des Herrn Dernburg zu Gunsten der weißen Ausbeutung ein grauenhaftes Beispiel für die Zustände in den Kolonien. Wenn unter den Sozialdemokraten auch Differenzen bestehen über die kolonialpolitischen Möglichkeiten, — ich glaube, die Mehrheit steht nach wie vor auf dem abnehmenden Standpunkte — so will ich kein Sozialdemokrat, daß er sich zu dieser Politik des Herrn Dernburg bekennen könnte.

Abg. Erzberger (Ztr.):

Seine Nationalität sollte der Staatssekretär dem samoanischen Bischof nicht vorwerfen. Er ist seit 1865 in der Kolonie tätig, längst ehe sie deutsch wurde. Die Missionare sind deutsch. Es kommt sehr viel auf den Wortlaut an, in dem der Bischof die Weisung verbot. Soviel ich weiß, wurden in diesen Simultanschulen Missionsvertreter als Regierungslehrer nicht zugelassen. Dann ist es keine Simultanschule, sondern eine religionslose Schule. Ich will jetzt gar nicht davon sprechen, ob nicht auch das Unterrichtsweisen zu Ausstellungen Anlaß gibt. Ich habe Material dafür. Ich habe nur den Wunsch, daß der Staatssekretär mit dem Bischof, der zurzeit in Europa weil, verhandelt. Der Bischof hat dem Deutschen Reich bei den Unruhen große Dienste geleistet. Man wird sich verständigen, wie es ja auch in Deutschland der Fall ist.

Staatssekretär Dernburg:

Den Wunsch, den Herr Erzberger ausgesprochen hat, teile ich durchaus. Die neue Schule in für 40 Schüler eingerichtet worden. Der Bischof hat den Besuch der Schule unterjagt (Hört, hört!) und hat auch, obgleich die Zulassung katholischer Lehrer zugelassen wurde, das Verbot aufrecht erhalten. (Hört, hört!) Unmittelbar danach haben wir uns an das deutsche Domkapitel in Köln gewendet. Aber der Bischof hat sich auf den allgemeinen Standpunkt der katholischen Kirche, den katholischen Standpunkt, zurückgezogen. (Hört, hört!) In einem späteren Bericht des Gouvernements heißt es: Der Bischof protestiert, da in Schulfragen Rom zu entscheiden habe. (Hört, hört!) Der Staatssekretär fährt fort: Bei uns liegen die Schwierigkeiten nicht. Wenn die deutsche Regierung eine Schule einrichtet, und von den der Regierung nicht angehörigen Personen, noch dazu einer nichtdeutschen Person, den Samoanern verboten wird, in die Schule hineinzugehen (Hört, hört!), so ergeben sich in einem solchen Lande ganz besondere Schwierigkeiten. Wir können nicht den Samoanern, von denen die überwältigende Mehrheit protestantisch ist, das Schauspiel bieten, daß die deutsche Regierung in einer Angelegenheit, die für sie von großem Interesse ist, einem französischen Bischof nachgeben muß. (Hört, hört!) und lebhafter Beifall. Ich bin gern bereit, wenn jemand mit seinem christlichen Gewissen in Konflikt ist — ich erkenne das an —, entgegenzukommen, aber in diesem Falle kann das Entgegenkommen nicht bei der Kolonialregierung, sondern muß bei der Mission sein.

Abg. Müller (lib. Fraktionsg.):

Es erscheint unerhört, daß ein fremdländischer Bischof mit einer Kirchenstrafe droht, und zwar deutschen Staatsangehörigen, weil sie eine deutsche Staatseinrichtung benutzen. Das ist doch der einfache Tatbestand, und wir haben den Staatssekretär die Anerkennung dafür auszusprechen, daß er die Staatsautorität bezüglich der deutschen Schulen mit solcher Energie gegenüber den kirchlichen Ansprüchen vertreten hat. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Erzberger (Ztr.):

Der Staatssekretär hat auf meine Frage, ob der Kirche gestattet wird, in der Schule Religionsunterricht zu erteilen, nicht geantwortet. Dann wäre es eine religionslose Schule, und dann ist die Situation für den Bischof eine ganz andere. Sie können nicht verlangen, daß der Mann die Stimme des Gewissens unterdrückt und der Macht des Staates sich beugt.

Abg. Dove (lib. Fraktionsg.):

Es handelt sich gar nicht darum, ob es ein französischer Bischof ist oder nicht, sondern darum, ob ein Bischof überhaupt in Staatsdinge hinein-zureden hat. (Hört, hört!) Wir stehen auf dem Standpunkte, der bei uns in Preußen durch das Landrecht festgelegt ist, die Schule ist eine Angelegenheit des Staates.

Die Diskussion schließt. Der Etat für Südwestafrika wird nach den Beschlüssen der Budgetkommission genehmigt, ebenso nach kurzer Debatte der Etat für Ostafrika und ohne Aussprache der Etat für Kamerun. Beim Etat für Togo kündigt der Staatssekretär einen kleinen Nachtragsetat an. Der Etat für Neu-Guinea wird debattelos erledigt. Es folgt der Etat für Samoa. — Abg. Dr. Arning (nationallib.) kommt auf die samoanische Schulangelegenheit zurück. Wir treten der Auffassung des Staatssekretärs durchaus bei. (Beifall.)

Abg. Erzberger (Ztr.):

Der Bischof hat in einer Zuschrift an den Gouverneur ausdrücklich erklärt, daß er der Regierung keine Schwierigkeiten machen wolle. Er habe nur seine religiösen Pflichten erfüllt. Mit Politik hat die Sache nichts zu tun. Sie ist rein religiös. Wir müssen dem Bischof die Freiheit lassen, die Leute zu richtigen Katholiken zu ziehen. Die Regierungsschule genügt nicht. Sie ist religionslos. (Widerpruch.)

Staatssekretär Dernburg:

Nach dem Bericht des Gouvernements werden dem Bischof weitgehende Konzessionen gemacht werden. Die katholischen Priester geben in der Regierungsschule religiösen Unterricht und haben religiöse Übungen ab. (Hört, hört!) Die Regierungsschule wird so ausgebaut werden, daß sie eine kleine katholische und eine evangelische Abteilung hat.

Abg. Erzberger (Ztr.):

Hätte der Staatssekretär das schon früher gesagt, so hätten wir viel Zeit erspart. Das ist eine Brücke zur Verständigung.

Der Etat für Samoa wird bewilligt. — Beim Etat des Reichskolonialamts legt Abg. v. Treuenfels (konf.) eine Resolution der Budgetkommission vor, wonach aus Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstags eine Kommission für die Erhebung der südwestafrikanischen Kämpfer gebildet werden soll. Sie tragen eine Ehrenkürzel ab, wenn sie der Resolution einmütig zustimmen. Die Resolution wird einmütig angenommen. Damit ist der Kolonialetat erledigt. Der Etat des Reichsmilitärgerichts wird, eingeworfen, erledigt.

Im Abgeordnetenhaus

wurde am Donnerstag bei der Beratung des Forstetats in die mit Spannung erwartete Debatte über den Waldschutz für die Großstadt und speziell über die Erhaltung des Grunewaldes für Groß-Berlin eingetreten. Ein konservativer Antrag von Brandenstein wünschte allgemeine Maßregeln, um den Stadtbewohnern die Anschaffung von Waldbäumen zu erleichtern während ein Antrag der Sozialdemokraten verlangte, daß in Zukunft bei allen Waldverkäufen die Zustimmung des Landtages eingeholt werden soll, denn nach dem jetzigen Stande ist die Regierung auf Grund einer alten Rabinetsorder ermächtigt, Grundstücksverkäufe ohne weiteres abzuschließen. Ein nationalliberaler Antrag wünschte endlich im besonderen, daß den Gemeinden zur Gebung der Leibespflege geeignete Spielplätze aus fiskalischen Terrains möglichst billig abgegeben werden sollen. Der Landwirtschaftsminister von Arnim gab eine recht dürftige Antwort. Er meinte, daß den Wünschen des Herrn v. Brandenstein nach Möglichkeit schon heute entsprochen würde; er fügte recht viele andere, aber wenig tröstliche für die großstädtische Bevölkerung hinzu, daß die Staatsinteressen darunter nicht leiden dürften. Der freisinnige Abg. Rosenow wies auf das Bedürfnis hin, das besonders die Stadt Berlin am Waldschutz haben muß. Leider werde es sich nicht vermeiden lassen, daß ein Rattenkönig von Zweckverbänden gebildet werden müsse, um den mannigfachen Aufgaben Groß-Berlins auch in dieser Hinsicht gerecht zu werden. Der Minister gab die Zusicherung, daß die schönsten Teile des Wäldes nicht der Spekulation überantwortet werden sollen. Nachdem auch die Redner der übrigen Parteien sich im Sinne des Abgeordneten v. Brandenstein ausgesprochen hatten, wurde dessen Antrag der Gemeindefunktion überwiegen, während der sozialdemokratische Antrag keine Zustimmung fand. In der weiteren Verhandlung des Forstetats machte der Abgeordnete Wächtermann darauf aufmerksam, daß die Forstbeamten selbst eine recht scharfe Kritik an ihrer Ausbildung gelitten hätten, er erhielt aber keine Aufklärung vom Regierungstisch. Abgeordneter Rosenow brachte ferner zur Sprache, daß im Rheinland die Vollstreckungsbehörde ein gegen den Forstfiskus ergangenes rechtskräftiges Urteil nicht zur Ausführung gebracht habe. — Die sich daran anschließende Beratung des Domänenetats verlief in eine Flucht zahlreicher lokaler Wünsche.

Zollpolitische Verständigung mit Amerika.

Wie amtlich bekannt gegeben wird, sind die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika so weit gediehen, daß dem Reichstag bereits ein vom Bundesrat genehmigter Gesetzentwurf betr. die Regelung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen zugehen konnte. Die Regierung ersucht darin den Reichstag um die Ermächtigung, den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Sätze des deutschen Vertragstarifs ganz oder teilweise gegen die Gewährung des amerikanischen Konventionaltarifs einzuräumen zu dürfen. Am Sonnabend soll die Vorlage zur 1. Lesung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wenn der Reichstag der Regierung die erbetene Vollmacht erteilt, so werden die Sätze unseres Generaltarifs am 7. Februar nicht in Kraft treten. Da Präsident Taft die 25prozentigen Zollzuschläge zum Konventionaltarif nicht schon an diesem Tage, sondern erst zum 1. April d. J. eintreten lassen muß, falls bis dahin kein neuer Vertrag zustande kommt, so ist für dessen Abschluß noch eine weitere Frist von sieben Wochen gewonnen. Da inzwischen die Verhandlungen in Washington zu einer Verständigung geführt haben, so darf die Gefahr eines Zollkrieges endgültig als beseitigt gelten.

Deutschland.

— (Dem Verdienste seine Krone.) Dem Prinzregenten von China, dem Prinzen Tschun, ist der Schwarze Adlerorden verliehen worden.

— Für die Einführung von Schiffsabgaben hat sich im Bundesrat eine verfassungsmäßige Mehrheit gebildet. Es bleibt jetzt noch übrig, die Einzelheiten des preussischen Entwurfs durchzubearbeiten. Der „Reichsanzeiger“ vom Donnerstag teilt das wie folgt mit:

Die gestrige Beratung der vereinigten Bundesratsausschüsse für Handel und Verkehr, für Justizwesen und für die Verfassung über den preussischen Gesetzesentwurf, betreffend die Erhebung von Schiffsabgaben, führte zu dem Ergebnis, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Artikels 78 der Reichsverfassung für die Grundgedanken des Entwurfs, nämlich: „Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes unter billiger Heranziehung der Beileistungen durch Erhebung mäßiger Schiffsabgaben; Zusammenfassung der Wasserstraßen innerhalb der einzelnen Stromgebiete in Zweckverbände zur Finanzierung der erforderlichen Bauten aus dem in ihnen Stromlaufenden“ vorhanden ist und daß auf der so bezeichneten Grundlage in die weitere Erörterung der Einzelheiten des Entwurfs eingetreten werden soll.

— (Eine neue Landtagswahltagung in Berlin.) Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Seimann hat aus Gesundheitsrücksichten das Mandat zum preussischen Abgeordnetenhaus niedergelegt. Durch die Mandatsübertragung des Abg. Seimann ist ebenfalls eine Landtagswahltagung im 6. Berliner Wahlbezirk nötig geworden. Im Jahre 1908 war Seimann mit 388 gegen 322 Stimmen gewählt worden, die auf den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei Stadt. Max Schulz

Ausland.

Türkei.

— (Die Kriege im Orient.) In Wien redet man damit, daß die schwelenden Verhandlungen zwischen den Krete-Schutzmächten in einigen Tagen zum Abbruch gelangen. Die Schutzmächte sind sich bereits darüber einig, daß der Ausgangspunkt der Agitation nicht in Kreta, sondern in Griechenland zu suchen ist, und es daher geboten erscheint, in Griechenland mit größerem Nachdruck einzugreifen. Zu diesem Zweck wird das Projekt einer Flottendemonstration der Krete-Schutzmächte im Piräus erwogen. Eine Entscheidung ist bisher nicht erfolgt.

Westfalen u. Rheinland.

! Herbed, 4. Febr. Ein gefährlicher Einbrecher wurde von der Hagener Staatsanwaltschaft für längere Zeit unschädlich gemacht. Der mit besonderer Vorsicht aus der Untersuchungsanstalt geführte Schmied, Gärtners und Monteur Paul Schmerbed aus Schwerte, der bereits einen vergeblichen Fluchtversuch gemacht hat, ist beschuldigt, einen Einbruchsdiebstahl in der Wilsenerischen Wirtschaft bei der Verbst zu haben. Schmerbed, der früher Montierungsarbeiten bei dem Wirt ausgeführt hatte, war mit der Diebstahlschuld betraut. Er legte eine Leiter an und stieg durch ein offenes stehendes Fenster ein, erbrach eine Kommode und stahl daraus eine goldene Uhr nebst Kette und allerlei andere Schmuckgegenstände. Inzwischen war sein unten Schmiere stehender Komplize von einem zufällig vorübergehenden Schutzmännchen festgenommen worden. Schmerbed floh und hielt sich lange Zeit unter falschem Namen in Hamburg verborgen, wo er wegen anderer Straftaten verhaftet wurde. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis.

— Schalksmühle, 4. Febr. (Zur Rohheitsstatue.) Im nahen Rummenohl kam es unter Bahnarbeitern zu einem Streit, in dessen Verlauf der Arbeiter Ernst König aus Lüdenscheid erschossen wurde. Dem Kantinenwirt, welcher den Streit schlichtete, wurde in Finger abgebissen. Einer der Messerhelden konnte verhaftet werden, während sich zwei der Verhaftung durch die Flucht entzogen.

— Bocholt, 4. Febr. (Großfeuer.) Mittwochs morgen gegen 5 Uhr wurde die Feuerwehre alarmiert. In einem vor dem Neutore belegenem Fabrikgebäude, in dem sich mehrere Mietwohnungen befanden, war Großfeuer ausgebrochen, das rasch große Ausbreitung gewann und u. a. die Lagerräume der Firmen Koch und Sohn und Lind Friede mit ihren wertvollen Warenvorräten zerstörte. U. a. ging eine größere Anzahl verandelter Ballen, die baumwollene Decken enthielten, in Flammen auf; auch ein Teil des Gebäudes und zahlreiche Maschinen wurden zerstört. Der Schaden ist bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt. Die Feuerwehr tat ihr mögliches, dem Brand Einhalt zu tun, jedoch nur mit teilweise Erfolg.

— Siegen, 4. Febr. Aus Unvorsichtigkeit erschoss in Geisweid ein 14jähriger Knabe seinen Schulkameraden mit einer Vogelflinte.

— Oberhausen, 9. Febr. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Bergmann Kubas wegen unberechtigten Forderung von Zengengeld zu verantworten. Er hatte sich als Zeuge eine Schicht bezahlen lassen, obwohl er die Nachschicht arbeitete. Zudem wurde er schon vormittags 11 Uhr als Zeuge entlassen, so daß ihm Zeit genug zum Schlaf übrig blieb. In seiner Entschuldigung führte Kubas an, daß er zur Nachschicht nicht gegangen sei und deshalb den Lohnausfall gehabt habe. Das Gericht hielt Betrag für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis.

— Düsseldorf, 4. Febr. In einem Haftpflichtprozeß gegen einen Hausbesitzer hat das Oberlandesgericht eine beachtenswerte Entscheidung getroffen. Ein Arbeiter, der auf einem Bürgersteige infolge von Eisglätte zu Fall gekommen war und hierbei erhebliche Verletzungen erlitten hatte, machte für die Folgen des Unfalls den Eigentümer der betreffenden Wohnung verantwortlich. Der Beklagte hat, entgegen einer Polizeiverordnung, es unterlassen, den Bürgersteig mit Asche oder dergleichen zu bestreuen. Nach § 823 des B.-G.-B. ist derjenige zum Schadenersatz verpflichtet, der vorsätzlich oder fahrlässig gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstoße und dadurch einen anderen schädigt. Durch den Sturz habe er, der Kläger, so schwere Verletzungen davongetragen, daß er voraussichtlich in seiner Erwerbsfähigkeit dauernd beschränkt sein werde. Der Beklagte wurde sowohl vom Landgericht als auch vom Oberlandesgericht kostenpflichtig verurteilt, den Schaden zu ersetzen. Er habe fahrlässig gehandelt und könne sich auf ein eigenes Verschulden des Klägers berufen, denn dieser habe mit einem so schlimmen Verkehrsinbegriff nicht zu rechnen brauchen.

— Köln, 4. Febr. Die Kriminalpolizei verhaftete drei junge Burden, die in Stuttgart bei einer Feuerversicherungs-Gesellschaft die Summe von 5000 M. unterschlagen hatten.

! Köln, 4. Febr. Ein größerer Brand, dem vier wertvolle Pferde zum Opfer fielen, entstand in der Nacht gegen 1 1/4 Uhr in einem Stalle hinter einer Eisfabrik an der Weberstraße. Das Feuer verbreitete sich so schnell, daß, als die Feuerwehr eintraf, sie das Gebäude in lichterloh Flammen vorfand. Die dort untergebrachten zwei Pferde waren bereits verbrannt. In einem anderen Stalle, der ebenfalls in Flammen stand, fand man zwei weitere Pferde erstikt vor. Die Feuerwehr mußte sich im wesentlichen darauf beschränken, die im Stalle befindliche Eisfabrik und andere Räume zu schützen. Der durch den Brand entstandene Schaden dürfte sich auf etwa 10 000 Mark belaufen.